

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 189.

Dienstag, den 15. August 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Das Selbstverwaltungsrecht in der deutschen Arbeiterversicherung.

Unter diesem Titel brachten die „Lübecker Anzeigen“ in voriger Woche einen Artikel, dessen Tendenz und sachlicher Inhalt von Geschäftigkeit gegen die organisierte Arbeiterschaft spricht. Das Blatt ist ja in dieser Hinsicht nicht besser und nicht schlechter, wie die meisten anderen national-liberalen Zeitungen. Das Bestreben der Arbeiter, ihre Lage zu bessern und die dazu nötigen Maßnahmen selbständig und zielbewusst zu treffen, müssen jenen Leuten ein Dorn im Auge sein, die die Interessen der Kapitalisten, der Börse, kurz aller derjenigen Kreise vertreten, die von der Ausnutzung der Arbeitskraft anderer leben.

Der bewußte Artikel würde uns also kaum zu einer Entgegnung Anlaß geben, wenn er nicht von Verleumdungen und Unwahrheiten durchsetzt wäre, die teilweise sicher bewußt in die Welt gesetzt werden, nur um der organisierten Arbeiterschaft ein auszuweichen und die geschiedenen Faktoren dahin zu beeinflussen, daß sie ihre Tätigkeit in sozialpolitischer Richtung im Sinne gewisser arbeitserfindlicher, scharfmacherischer Großunternehmerverbände ausüben. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, welcher sicher dem Artikel nicht fernsteht, hat als erstes Angriffsobjekt in dem Kampfe gegen die Partei, die einzig und allein stets die Interessen der vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft vertritt, bezeichnet: Die Selbstverwaltung in den Krankenkassen! Sie soll vernichtet werden.

Es muß bei jedem aufrichtigen Volksfreund Mißbilligung hervorrufen, daß die so notwendige Reform der deutschen Arbeiterversicherungsgesetze durch diese Hege nicht nur einen politischen Hintergrund erhält — den hat sie ja auch schließlich so — sondern das Verübende ist, daß die Abänderung der bestehenden Gesetze und die Maßnahmen, welche in Aussicht stehen, von dem Gesichtspunkte der Parteipolitik getroffen werden. — „Bekämpfung der Sozialdemokratie“, das wird die Parole sein, unter der die Vereinfachung der Versicherungsgeetze vollzogen wird, die einst von dem ersten deutschen Kaiser mit den Worten: „Daß die Heilung der sozialen Schäden . . . gleichmäßig auf dem Wege der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde“ eingeleitet wurden. Ja, fragen wir, wie will man das Wohl des Arbeiters positiv fördern, wenn man diesen selbst Arbeiter wohl zum Bezahlen heranziehen, ihn bei der Verwaltung aber nur als Dekoration verwenden will.

Doch hören wir einmal, wie die „Lübecker Anzeigen“ alias Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie diese Rechtsmachung der Arbeiter begründet. Wir werden finden, daß keine noch so schlechte Sache mit solchen schlechten Mitteln gefördert worden ist. Der beregte Artikel beginnt mit einem Hinweis auf die 12. Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen, welche kürzlich in Dresden tagte. Der Lügenpeter, der den Artikel verfaßte, nennt diese Versammlung „die Heerschau der sozialdemokratischen Kassenverwaltungen.“ Zugabe, daß von den 200—300 Abgeordneten der Kassen ein gut Teil Sozialdemokraten sind; ein gutes Drittel der Teilnehmer besteht nämlich aus Arbeitnehmer-Vorstandsmitgliedern und wenn die „Lübecker Anzeigen“ diese sämtlich für Sozialdemokraten erklärte, so kann uns das schon recht sein, aber da das politische Glaubensbekenntnis von Keinem gegeben und auch nicht verlangt wird, so schließt der Intendant des Reichsverbandes unserer Ansicht nach weit vorbei. Daß nun gar die Arbeitgebervertreter und die delegierten Kassenbeamten noch vollständig der roten Rolle angehören sollen, ist für uns Sozialdemokraten sehr schmeichelhaft, aber leider Phantasie des Artikelschreibers. Die städtischen Behörden in jenen Städten, wo die Versammlungen des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen tagten, haben stets Gelegenheit genommen, diese „Heerschau“ zu begrüßen und wie sie die Tätigkeit derselben auffassen, kann man schließen aus den Worten, die z. B. Herr Senator Dr. Lappenberg in seiner Begrüßungsrede an die 1902 in Hamburg abgehaltene Jahresversammlung richtete. Nachdem er auf die bevorstehende Revision des Krankenversicherungsgesetzes hingewiesen hatte, fuhr er wörtlich fort: „Da ist es ein sehr erprobtes Beginnen, wenn Männer, die in der Krankenkassenverwaltung praktisch tätig sind, zusammentreten und aus ihren Erfahrungen heraus Vorschläge machen und Anregungen und Fingerzeige geben, wo die bessernde Hand anzulegen, nach welcher Richtung hin ein weiterer Ausbau zu empfehlen ist.“

So und ähnlich äußerten sich die Vertreter der städtischen Behörden, wo auch immer die Versammlung tagte.

Der Schreiber o. mag deswegen gerne sein Märchen von der „sozialdemokratischen Heerschau“ dem spießbürgerlichen Vespublikum der „L. A.“ vorsehen. Leute, die im praktischen Leben stehen, werden die Blunkelei schon ohne weiteres als solche erkennen.

Der Artikel erzählt dann weiter, daß auf der Tagesordnung der diesjährigen Versammlung in Dresden u. a. steht: Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung und fährt dann wörtlich fort:

„Bekanntlich wollen die sozialdemokratischen Krankenkassen ihre für das Parteinteresse so wertvolle Verwaltungsorganisation nicht nur verteidigen und erhalten, sondern — der Angriff drückt ihnen die beste Verteidigung — diese Organisation auch auf alle übrigen Zweige der Arbeiterversicherung ohne Rücksicht auf das Vertragsverhältnis, übertragen.“

Die Sache liegt nun so, daß auf der in München im Vorjahre tagenden Jahresversammlung beschlossen wurde, daß die Dresdenener Kasse im Auftrage des Zentralverbandes eine Petition unterbreiten solle, in welcher Vorschläge zur Abänderung und Vereinfachung der Arbeiterversicherungsgesetze gemacht werden. Die Dresdenener Kasse ist diesem Beschluß gefolgt. Ihre Vorschläge sind dem Bundesrat zugegangen. Wie nun die „L. A.“ dazu kommen, diese Vorschläge bei ihren Lesern als bekannt vorzusetzen, ist unerklärlich, oder was soll das „Bekanntlich“ sonst heißen. Wenn wir sagen würden: „Bekanntlich nehmen die „L. A.“ es mit der Wahrheit nicht so genau“, so hat das einen Sinn, und es ist unsern Lesern auch bekannt, aber daß es schon bekannt sein soll, was die „Anzeigen“ schreiben, ist mindestens rätselhaft. In der Petition heißt es nämlich:

Zur Durchführung der gesamten Arbeiterversicherung sollen unter Aufhebung der jetzt bestehenden Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Invalidenversicherungsanstalten und besonderen Kassenrichtungen allgemeine Versicherungsanstalten errichtet werden usw.

Wo steht dort etwas davon, daß die Krankenkassen auch alle übrigen Zweige der Arbeiterversicherung übertragen haben wollen?

Aber es ist bekannt! so schreibt o. Er kann sich gar nicht beruhigen, daß die im Zentralverband vereinigten Ortskrankenkassen (natürlich nennt der Verfasser diese Kassen stets „sozialdemokratisch“, um dies seinen Lesern vorschwindeln zu können, ist ja der ganze Artikel verfaßt) die anderen Zweige der Arbeiterversicherung verschlucken wollen, um sie möglichst auch zu „sozialdemokratischen Berufsgenossenschaften“ und zu „sozialdemokratischen Landesanstalten“ zu machen; jzt sind es ja wohl „nationalliberale“ oder gar fern im Osten „konservative“. Nachdem der Leser nunmehr weiß, daß es ihm bekannt ist, mit welchen Annahmestücken die Ortskrankenkassen umgehen, versucht der Verfasser zu beweisen, daß die Ortskrankenkassen eigentlich gar nicht erbsenberechtigt sind. Einzelne musterhaft verwaltete Kassen gibt er zu, die großes in der Krankenfürsorge geleistet haben, aber auch nur einzelne. Da er in seinen weiteren Ausführungen seine Leser dahin belehrt, daß bei allen größeren Kassen die Wahlen zu Generalversammlung und zum Vorstande nur unter der Werksaufsichtigung der Partei, zugehörigkeit erfolgen, so gibt er doch zu, daß bei einzelnen größeren Kassen die „sozialdemokratische“ Verwaltung ihre Schuldigkeit getan hat. Alles nicht wahr! sagt o. Die paar großen Kassen haben ihren Fonds nur dadurch erlangt, daß mehrere kleine Kassen in ihr aufgegangen sind! Und in diese kleinen Kassen ist das Geld hineingeregnet oder sonstwie hineingezaubert, nicht wahr Herr o.? Ja Wahrheit liegt die Sache so, daß in den meisten mittleren und größeren Ortskrankenkassen durch das Zusammenwirken sozial denkender Arbeitgeber und mit der Krankenversicherung vertrauter, unfertwegen sozialdemokratisch gesonnener Arbeitnehmer, Hand in Hand mit tüchtigen Verwaltungsbeamten, ein Zustand herbeigeführt ist und Erfolge auf dem Gebiet der Krankenfürsorge erzielt sind, die wohl dazu berechtigen, die Ortskrankenkassen als das Ideal einer Krankenkasse hinzustellen. Aber dem Lohnschreiber des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist der Auftrag geworden, er soll das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen herunterreißen, und da sind eben alle Mittel recht. Da wird schlankehaft behauptet, die überwiegende Mehrzahl der Ortskrankenkassen bietet den Mitgliedern nur die gesetzlichen Mindestleistungen, also nicht mehr als die Gemeindefrankenversicherung, und nach dem Maße der Fürsorge würden unsere (unsere ist gut!) Betriebskrankenkassen viel eher das Ideal der Versicherten sein müssen, als die Ortskrankenkassen.

Wo liegt nun hier die Wahrheit? Nach einer Statistik des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen haben von 178 größeren oder mittleren Kassen 46 ein höheres Krankengeld als die vorgeschriebenen 50 Pro. des Lohnes. Von diesen 178 Kassen zählen 27 die Unterstützung länger als 26 Wochen. Familienunterstützung gaben von 178 Kassen 85 und dagegen halte man die Gemeindefrankenversicherung. Krankengeld gibt's erst vom vierten Krankheits-

tag ab. Die Bar-Unterstützung beträgt pro Tag die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes. Die Gemeindefrankenversicherung, die hauptsächlich noch in Süddeutschland gepflegt wird, gilt mit Recht als die rückständigste Form der Krankenkassen. Regierungsrat Hoffmann nannte sie einmal einen Nothbehelf für die Behörden. Aber „unser“ Betriebskrankenkassen! Wenn in einem Betriebe die Arbeiter, bevor sie eingestellt werden, erst einer eingehenden ärztlichen Untersuchung auf ihren Gesundheitszustand unterworfen werden, wenn sie ohne Gesundheitsattest nicht eingestellt werden wie das bei den weitaus meisten Betriebskrankenkassen Rheinlands-Westfalens geschieht, wie kann man da Vergleiche ziehen wollen mit Ortskrankenkassen, die jeden aufnehmen müssen, den ein Arbeitgeber meldet? Also bei „unseren“ Betriebskrankenkassen hat das Ideale auch seinen Haken.

Es wird doch wohl dabei bleiben, daß die Ortskrankenkassen für den Verfallenen die besten sind, selbst wenn sie von Sozialdemokraten verwaltet werden.

Und nun spielt o. seinen Haupttrumpf gegen die jztigen Verwaltungen der Ortskrankenkassen aus. Die Arbeiter hängen bei den Wahlen am Gängelbande berufsmäßiger Agitatoren, sie können ihre eigene Meinung wegen des in den Gewerkschaften herrschenden Terrorismus ohne Gefahr nicht zur Geltung bringen; politische Parteinteresse ist bei den meisten Ortskrankenkassen der Angelpunkt, um den sich die Wahl dreht; so getert o. Wir stellen sich in diesem Punkt nun die Tatsachen dem Unbefangenen dar. Noch niemals hat man gehört, daß bei einer Wahl Nationalliberale einen Centrumsmann aufgestellt hätten oder ein Freisinniger für einen Antikemiten ins Zeug gegangen ist, und bei den Wertenwahlen zur Ortskrankenkasse sollen Arbeiter nicht Leute ihres Vertrauens wählen, deren Eifer und Pflichttreue sie im Gewerkschaftsleben kennen lernten, sie sollten gerade Leute wählen, deren Denken und Fühlen ihnen gänzlich fremd ist; dazu sind unsere Arbeiter denn doch schon zu weit vorgeschritten in Organisationsfragen. Und nun der „Terrorismus“! Wie nennt man denn im Abreißhaus das Verfahren der Herren im Baugewerbe im Falle Zahn oder in den Fällen, wo die Materialsperrre eingetreten ist? Ist das etwas anderes, als wenn unsere Gewerkschaften auf Disziplin und Manneszucht in ihren Reihen halten, wenn sie einen Streikbrecher als Verräter betrachten und ihn meiden? Oder was meinen die Redaktion und der Verfasser des Artikels mit dem Terrorismus? Die Wahlen der Vertreter zur Generalversammlung findet in geistlich vorgeschriebener Weise durch Stimmzettel statt. Die Wahl ist geheim und im Wahllokal dürfen keine Reden gehalten, sondern nur Vorschläge gemacht werden. Ist es nun in einer Stadt mit einer großen Zahl gewerkschaftlich vereinigter Arbeiter anders möglich, als daß nur Mitglieder der Gewerkschaften gewählt werden? Trotzdem sind wohl in den meisten Generalversammlungen Leute, welche keiner Gewerkschaft angehören, aber sich für Krankenkassenangelegenheiten interessieren, vorhanden. Und sind denn unsere Gewerkschaftler solche Unmenschen? Und ist ein Fall bekannt, wo ein Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer den Rechnungsprüfungsausschuß für die Ortskrankenkasse bildeten. Der eine Arbeitnehmer war gewerkschaftlich organisiert, der andere nicht. Will die Amtsblatt-Redaktion sich einmal erkundigen bei dem betreffenden Arbeitgeber, welcher von den beiden seine Aufgabe richtig erfaßt hatte, so hat sie es nicht weit, der Herr hat sein Geschäftshaus Königsstraße 46.

Aber, wird nun mancher Leser fragen, was machen denn eigentlich diese „sozialdemokratischen“ Kassenverwaltungen, daß sie kalt gestellt werden sollen? Es gibt doch Gelehrte und Sachungen, Ausschichtsbehörden und Rechnungsprüfer, welchen diese Verwaltungen unterworfen sind. Auch darüber weiß der o. Bescheid. Das Nebenrächliche hat er sich nämlich bis zuletzt aufgehoben, womit er die Mitwirkung der Arbeiter an der Kassenverwaltung mißkreditieren will. Da schreibt er in seinem Nichts durchbohrenden Gefühle: „Das Interesse der Versicherten wird . . . durch die Vereinerung der Kassengelber zu parteipolitischen Unterstützungszwecken unmittelbar und bedeutend geschädigt.“ Wir müssen gestehen, wir haben in der Hege gegen die Ortskrankenkassen im Deutschen Reich vieles erlebt. Regierungsrat Hoffmann hat vor 5 Jahren den Kassenverwaltungen gegenüber kein Blatt vor den Mund genommen und nachher haben sich die im Lohn und Brod der Scharfmacher stehenden Zeitungsmenschen angelegen sein lassen, dieses Garn weiterzuspinnen. Der Freisinnige Dr. Ludwig an hat von der Reichstagstribüne herab an den Kassenverwaltungen kein gutes Haar gelassen, weil er kein Kassennachge worden ist, aber so klipp und klar hat noch keiner der Kassenverwaltungen Unreue vorgeworfen. Der Vorwurf, der in der Behauptung liegt, die Krankenkassenvorstände vergebenden Kassenmittel zu parteipolitischen Unterstützungszwecken trifft in zweiter Linie auch die Arbeitgeber, welche mit in den Vorständen sitzen; ob die Herren sich das so stillschweigend gefallen lassen, ist ihre Sache. Und nun erst die Ausschichtsbehörden? Wenn das wahr wäre, was der o. behauptet, da müßte es

In Deutschland in Aufsichtsbörden geben, die ihre Pflicht in grenzenloser Weise vernachlässigen. Wir kennen aber die Praxis der Aufsichtsbörden den Ortskrankenkassen gegenüber, und glauben daher wohl recht zu haben, wenn wir jene bodenlose Behauptung als das Verzeihen, was sie ist, als eine freie Verkündung.

Wir hatten noch die Absicht unsere Reserven an die Tatsachen zu knüpfen, daß dieser den Ortskrankenkassen so feindliche Artikel in einer Zeitung erscheinen konnte, deren Verleger lange Zeit Generalversammlungsvertreter, Rechnungsprüfer, jetzt sogar Vorstandsmitglied der Albeder Ortskrankenkasse ist. Wir erinnern uns rechtlich eines Verleses der Bergpredigt und verzeihen.

Mögen auch diese Beilen dazu beitragen, daß den deutschen Arbeitern ihr gutes Recht, sich die Fürsorge in Krankheitsfällen selbst zu bestimmen, erhalten bleiben. Sollte es allerdings jenen arbeitersindlichen Aktionen gelingen, die Bildung dieser Fürsorge in die Hände von Bureaukraten und Militärärzten zu legen, so wird auch der deutsche Arbeiter wissen, was er zu tun hat. Die Sache ist für ihn nicht nur von finanzieller Bedeutung, sie geht seinen Körper, sein Leben, seine Familie an. Er wird in diesem Fall auf die soziale Reformarbeit des deutschen Reiches pfeifen und wieder zur Selbsthilfe greifen.

## Deutschland.

**Das Anti-Fleischnot-Diner.** Der preussische Landwirtschaftsminister von Bobbielski hatte zu Freitag die Vorsitzenden sämtlicher preussischer Landwirtschaftskammern zu einer Konferenz nach Berlin berufen, um ihnen über den Umfang der Ursachen und die Wirkungen der neuerdings beobachteter Steigerung der Fleischpreise, namentlich der des Schweinefleisches, sowie über die Ausichten für die weitere Preisbildung Vortrag zu halten. Die von dem Minister, der sich selbst als Vertreter agrarischer Interessen stand, von vornherein fest, was bei dieser Konferenz herauskommen würde. Man konnte zehn gegen eins wetten, daß die Herren erklären würden, die Fleischpreise seien zwar etwas gestiegen, aber die Landwirte hätten davon absolut keinen Nutzen; denn in noch höherem Maße hätten die Aufzuchtskosten des Viehes und die Löhne der Landarbeiter zugenommen; im übrigen aber würde die Fleischsteuerung von der sozialdemokratischen Presse maßlos aufgebauscht zum Zwecke der Verhöhnung der ärmeren, uralten Volksklassen usw.

Zufällig hat die Konferenz auch zu diesem Resultat geführt — aber kurioserweise bereits, ehe man noch zu gründlicher Aussprache gelangt war. Schon auf dem zu Ehren des Herrn v. Bobbielski im Hohenzollernsaal des Hotels Kaiserhof veranstalteten Anti-Fleischnot-Diner, durch das ansehend der Beweis geliefert werden sollte, daß es trotz der Fleischnot in Berlin an fettigen Braten nicht fehlt, war man völlig mit dem Urteil fertig. Zuerst ergriff der Vorsitzende des deutschen Landwirtschaftsrats, Graf Schwerin-Böwitz, das Wort, um dem Minister den Dank des Landwirtschaftsrats für das hohe Interesse auszusprechen, das der Minister dauernd für alle wichtigen Fragen auf landwirtschaftlichem Gebiete bekundet. Die Verhandlungen in den letzten Tagen hätten der Landwirtschaft wieder den Beweis erbracht, daß sie dauernd auf die Förderung ihrer Interessen durch den gegenwärtigen Minister rechnen könne. Auch unter den Angriffen eines Teiles der Presse hätte kein starkes Rückgrat nicht gelitten. Auf dieses starke Rückgrat erhebe er sein Glas!

Dann begann der Landwirtschaftsminister mit dem gefeierten starken Rückgrat eine lange Rede. Unausgesagt werde er die berechtigten Interessen der Landwirte vertreten. Er habe geglaubt, daß in seiner Tätigkeit durch die Annahme des Sozialtarifs ein gewisser Abschnitt vollendet sein würde und vorausgesetzt, daß die Kämpfe im Innern zwischen jenen Parteien, die sich der Notwendigkeit des Schutzes der nationalen Arbeit bemußt sind, beendet sein würden. Hierin habe er sich nun getäuscht. Es sei sehr bedauerlich, daß der Kampf gegenwärtig auf ein Gebiet verlegt sei, dessen Beurteilung sehr schwierig sei und eine genaue Kenntnis der Verhältnisse unserer Volkswirtschaft erfordere. Sonderbar sei, daß die Presse auf die Statistik des Bundesamtes noch nicht eingegangen sei. In dieser Statistik sei nachgewiesen, daß der Rindviehbestand in diesem Jahre auf 11 Millionen gegen 10 im vorigen Jahre gestiegen sei und der Schweinebestand von 10 900 000 auf 12 563 000. Es werde überhaupt häufig von Leuten über die Fleischsteuerung geurteilt, die über die Reichsbildgrenze der Großstädte noch nicht hinausgekommen seien. Die Fleischsteuerung sei nicht in letzter Linie auf die hohe Preissteigerung der Produkte zur Schweinezucht, insbesondere der Kartoffeln, zurückzuführen.

Diejenigen Leute, welche auch anlässlich der gegenwärtigen Fleischsteuerung wieder auf die Agrarier schimpfen, sollten beachten, daß 75 Proz. der Produkte unserer Schweinezucht von kleinen Leuten geliefert werden. — Man müsse auch beachten, daß die Arbeitslöhne dauernd steigen, und zwar auch auf dem Lande. Der Arbeiter in der Stadt dürfe es seinem Kollegen auf dem Lande nicht verübeln, wenn auch er mehr verdienen will, und dürfe sich dann auch nicht über die langsam steigenden Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wundern. — Dergleichen unersinnliche Preischwankungen, wie sie gegenwärtig auf dem Fleischmarkt eingetreten seien, müßten jedoch möglichst beseitigt werden. Es sei kein Wort für die Landwirtschaft, wenn der kleine Mann die Preise nicht mehr erschwingen kann. In vier bis fünf Wochen werde jedoch die Not vorüber sein und es werde ein Ueberfluß an Schweinefleisch zu verzeichnen sein.

Eine auch nur vorübergehende Dämpfung der Grenzen, insbesondere nach Rußland und Oesterreich-Ungarn, erklärte der Herr Minister nicht gutheißen zu können. Für die gesundheitlichen Folgen eines derartigen Schrittes auf unseren Viehbestand könne er keine Verantwortung übernehmen. Unsere Viehzucht repräsentiere ein Kapital von 2 1/2 Milliarden und dieses dürfe man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. In Oesterreich-Ungarn sei an einem Tage aus hundert Gemeinden die Maul- und Klauenseuche aus fünf- hundert Gemeinden die Schweinepest und aus 350 Gemeinden Rotlauf gemeldet worden. Dergleichen Verhältnisse dürften bei uns nicht Platz greifen. Der Vorschlag des „Vorwärts“,

die Stadt Berlin möge selber 100 000 Schweine mästen, sei ihm sehr sympathisch. Wenn die Stadt es nicht tut, so könne vielleicht der sozialdemokratische Parteivorstand mal damit beginnen. Herrn Singer würde er die notwendigen Ferkel besorgen. Die Herren würden dann ein anderes Urteil über unsere Viehzucht bekommen.

Mit diesen geistreichen Worten war die Sache für den Herrn Minister abgetan — die Barbaunungsorgane traten in Tätigkeit.

**Die Gnesener Kaiserrede hat auf die Polen die beachtlichste Wirkung völlig verfehlt.** Der „Dziennik Powsnanski“ bemerkt zu derselben: „Wiewohl anerkannt werden muß, daß die gegenwärtige Rede sich ganz bedeutend von den früheren in Thron- und Marienburg gehaltenen Reden unterscheidet, so erweckt dieselbe doch weder bei uns Hoffnungen, noch wird dieselbe die Galaktiken entzünden. Wir können den guten Willen des Monarchen anerkennen, welcher aus der Erwähnung der am 2. September 1902 in Posen gehaltenen und gleichfalls auf die gegenwärtige Lage bezogene Rede zu erkennen ist, doch kommt uns im Augenblick die Erwägung, daß, wie damals so auch heute, die mächtigen galaktischen Einflüsse den schon wiederholt von oben in Aussicht gestellten Schutz nicht in vollem Umfange werden ausführen lassen. Es wird also alles beim Alten bleiben, oder vielmehr noch schlimmer werden. Und als Pharisäismus muß man es bezeichnen, wenn das „Polskie Tageblatt“ ankündigt, daß die Anstrebler mit den Polen in Frieden leben wollen. Sie würden zwar gern in Frieden leben, denn manchmal tragen sie den Polen ihre Beschwerden vor, wenn ihnen Unrecht geschieht, aber die heberische galaktische Presse wird es niemals zu einem wirklichen Frieden kommen lassen. Staat großer Dienst hat der Kaiser dem Galaktismus geleistet, indem er die Deutschen aufforderte, ihren Grundbesitz nicht zu veräußern, aber wir sind überzeugt, daß sie es lieber gesehen hätten, wenn der Kaiser ihnen neue Millionen für Ausbelebungsarbeiten usw. verschrieben hätte. . . Wichtig ist der Bassus der Rede, bei dem das Kapitel gerichtet ist. Wir erklären durchs die Berechtigung des Monarchen an, solche Warnungen und Ermahnungen zu erteilen, welche indessen durchaus nicht die durch das Bewußtsein gebotenen Rücksichten auf die jeelforgereichen Pflichten vor sich auszuweisen, wo der Seelforger das Bewußtsein und die Religion am wirksamsten durch die Pflege der Muttersprache flügel kann. Das beginnt man sogar in Rußland einzuführen. Memnad bei uns will Leo XIII. wortförmlich machen, aber jedermann, sei es der Laie oder der Gelehrte, hat das Recht, seine Religion und Nationalität zu verteidigen.“

**„Drunter und Drüber!“** Woglich der letzten Truppenabteilung nach Südwestafrika erfährt der Berliner Vertreter der „Frankf. Zig.“ augenscheinlich inspiriert, man wisse offenbar innerhalb der Reichsregierung, deren einzelne bei dieser Angelegenheit in Betracht kommende Mitglieder gegenwärtig weit zerstreut in den Wäldern weilen, selbst nicht sicher (1), ob sich die letzte Truppenabteilung von 300 Mann noch im Rahmen der erfolgten Bewilligungen mit einigen Verstärkungen rechtfertigen läßt. Das Ausbleiben der amtlichen Erklärung sei darauf zurückzuführen, daß inzwischen eine Klarstellung der staatsrechtlich, vielleicht nicht ganz einfachen Angelegenheit stattfindet. Nach früheren Äußerungen des Reichskanzlers sei anzunehmen, daß, wenn die letzten Truppenabteilungen ohne etatsmäßige Bewilligung erfolgten, er den Reichstag noch vor der ordentlichen Tagung einberufen werde. — Wer's glaubt!

**Zur Altenbeker Eisenbahnkatastrophe** teilt die „Nordd. Allg. Zig.“ mit:

Der Eisenbruch in dem Altenbeker Tunnel hat den Minister der öffentlichen Arbeiten veranlaßt, zwei besonders hervorragende, außerhalb der Eisenbahnverwaltung stehende Sachverständige für Tunnelbau und Geologie mit der gründlichen Untersuchung des Tunnels zu betrauen, um die Ursache des Eisenbruchs, den jetzigen Zustand des Tunnels und die zur Wiederherstellung erforderlichen Maßnahmen festzustellen. Die bis jetzt angestellten Untersuchungen der Sachverständigen lassen die Annahme der königlichen Eisenbahndirektion Kassel über die Ursache des Eisenbruchs als zutreffend erscheinen. Danach sind wahrscheinlich harte Gesteinsbänke infolge Eindringens von Tagewasser, insbesondere nach dem kurz vor dem Eisenbruch niedergegangenen heftigen Regengüssen ihres Haltes beraubt und in Hohlräume dicht über dem Gewölbe niedergelassen, wobei sie das Gestein und das Gewölbe durchschlagen haben. Sicherere Aufschlüsse können erst gewonnen werden, wenn bei den durch einen erfahrenen Tunnelunternehmer bereits kräftig begonnenen Wiederherstellungsarbeiten das eingestürzte Gewölbe mit einem Stollen überfahren wird.

Die zunächst an der Bruchstelle vorzunehmenden Arbeiten sind von der Direktion Kassel im Einvernehmen mit den Sachverständigen angeordnet. Das weitere Vorgehen ist abhängig von den Ergebnissen der im Gange befindlichen Untersuchungen.

Um die Wiederherstellungsarbeiten nicht zu stören, bleibt der Tunnel nach Bestimmung des Ministers der öffentlichen Arbeiten so lange außer Betrieb, bis alle darin bei der Untersuchung sich etwa noch zeigenden Schäden vollständig beseitigt und alle Bedenken gegen seine Wiedereröffnung behoben sind, was mehrere Monate in Anspruch nehmen wird. Bis dahin wird der Verkehr in möglichst günstiger Weise umgeleitet.

Die ganze Fassung dieser offiziellen Mitteilung verrät das böse Gewissen der Eisenbahnverwaltung und das Bewußtsein, die über das Altenbeker und das Spremberger Unglück hervorgerufene öffentliche Erregung zu beschwichtigen. Deshalb wird mit Sperrschä darauf hingewiesen, daß man nichts vertuschen wolle und deshalb außerhalb der Eisenbahnverwaltung stehende Sachverständige mit der Untersuchung betraut habe. Versucht erscheint es uns jedenfalls, die Vermutungen dieser Sachverständigen bereits mitzuteilen, da die „Nordd. Allg. Zig.“ ja selbst erklärt, daß sicherere Aufschlüsse erst nach weiteren Räumungsarbeiten und Anlegung eines Stollens gegeben werden können.

**Opfer der Sandwüste.** Grefter Adolf Kalemann, geb. zu Linden, früher im Füsilierregiment Nr. 37, ist am 8. August in Swatopmund an Gehirnlahmung ge-

storben. Ritter Leonhard Felbrath, geb. zu Debit, früher im Infanterieregiment Nr. 65, wurde am 8. August bei Naugas durch die Unvorsichtigkeit eines Kameraden schwer verwundet; Schuß in den Hals.

## Norwegen.

**Die Volksabstimmung.** Der „D. C.“ meldet: Das Land ist von der einen Seite bis zur anderen in Fahnen geschmückt. Von überall her werden ergreifende Gottesdienste abgehalten. In der Hauptstadt ist alles auf den Beinen und mit Bändern in den Nationalfarben geschmückt. Die Zeitungsredaktionen werden von Tausenden belagert, die auf die Resultate warten. Sobald ein Ergebnis aus einem Kreise bekannt ist, wird es angeschlagen und mit donnerndem Hurra aufgenommen. Die Teilnahme ist bisher glänzend und übertrifft jede Erwartung. Bisher sind die abgegebenen Stimmen keineswegs weniger zahlreich als bei den Großwahlschlüssen von 1903, auf vielen Stellen mehr als doppelt so viel. Bisher sind hier 25 000 Ja und 11 Nein bekannt, diese verteilen sich mit ein oder zwei Stimmen auf ganz wenig Bezirke. — Das Resultat der Abstimmung dürfte wenig zur Verbesserung der schlechten Laune Datars beitragen.

## Rußland.

**Die „unabänderliche Selbstherrschafft.“** Was von der Konstitution, die der Zar gewähren will, zu erwarten ist, darüber gibt der nachstehende Geheimeraß Auskunft. Er ist um so wichtiger, daß es zweifellos ist, daß gleiche Erlasse an alle Gouvernements ergangen sind. Und liegt das betreffende Schriftstück aus dem Gouvernements Erver vom 3. August vor. Der Erlaß, der an alle Semski Ratshanski und Zivnawski, das sind etwa die preussischen Landräte und Polizeivorstände, gerichtet ist, lautet in seinen wesentlichen Teilen:

„Vollkommen geheimes Rundschreiben Nr. 2606“ ist die Überschrift. Abdann folgt ein Hinweis auf die Absichten, die auf dem letzten Moskauer Semski Kongress zu Tage getreten sind, und die das Rundschreiben als ein Projekt für eine dem russischen Wesen fremde, Westeuropa nachgeahmte Volksvertretung im Barenreiche bezeichnet. Die Vertreter dieser Ideen versuchen nach dem Geheimenerlaß ihre Anschauungen durch Wort und Schrift im Volke zu verbreiten; abdann heißt es wörtlich: „Die Ungeheuerlichkeit dieser Handlungen, die gerichtet sind gegen die bestehende selbstherrliche Staatsordnung, die unabänderlich erhalten werden muß, ist klar. Deshalb fordere ich Sie auf, mit allen Mitteln, die Ihnen zur Verfügung stehen, diesen Absichten entgegen zu wirken, indem Sie die Verteilung von Schriften verhindern, die Versammlungen auflösen und die Namen sämtlicher Führer unbedingt notieren.“ Wizegouverneur Kammerherr S. Chitowo. Der Kaiserliche Platenow.

In diesem Geheimeraß ist eine Wendung wichtig; die Angabe, daß die selbstherrliche Staatsordnung „unabänderlich“ erhalten werden muß. Ueberall ist dieser Standpunkt nicht; aber freilich müssen alle Missionen und Hoffnungen schwinden, daß das jetzige Regiment aufrecht gestellt sein könnte, Rußland in ein modernes Staatswesen umzuwandeln. Der russische „Regierungsbote“ meldet, daß der unter dem Vorsitz des Kaisers am 1., 2., 3., 5. und 6. August beratene Entwurf betreffend die Beteiligung der Volksvertreter an der Ausarbeitung und Vorbereitung der Gesetzentwürfe, die nach den Grundgesetzen durch den Reichsrat an den Kaiser gelangen, entsprechend den Absichten des Kaisers abgeändert und in dieser veränderten Form dem Kaiser auf seinen Befehl zur Bestätigung vorgelegt werden wird. — Das bestätigt die vorstehenden Ausführungen. — Der Wörter des Gendarmereutenants Kramorenko, Procopie, ist von Petersburg nach Petersburg transportiert worden. — Man wagt also doch nicht, ihn in Finnland vor ein Kriegsgericht zu stellen.

**Die Volksbewegung in Rußland.** Ueber eine neue Kosaken „helventat“ wird berichtet: Im Wäbe von Dulowo zwischen Babianke und der Kreisstadt Buzh hatten 2000 Sozialisten eine Versammlung ab. Die Redner forderten die Versammelten auf, sich für den 22. August zum Generalstreik in allen Fabriksfabriken zu organisieren. Woglich erließen Kosaken und eine Infanterie-Abteilung. Auf die Kosaken, die mit ihren Nagaken schlugen und die Versammlung zerstreuen wollten, feuerten die Teilnehmer der Versammlung, indessen ohne Schaden anzurichten. Die Kosaken fliehen nunmehr von den Pferden und führten eine Salve ab, wodurch 2 Personen getötet und 18 verwundet wurden. Der Anwesenden bemächtigte sich nunmehr eine Panik; sie zerstreuten sich in dem Bestreben, zu entkommen, doch wurden sie von dem Militär umzingelt. 438 Personen wurden verhaftet und nach Osk überführt. — Aus Osk wird gemeldet: Nachträglich erfährt man, daß sich unter den Hingerichteten nach dem großen Volksaufstande zwei Knaben von 15 und 13 Jahren befanden. Sie wurden zum Tode verurteilt, an den Pfahl gebunden und durch Kosaken erschossen. Sie hatten eingestanden, daß sie, als Soldaten in das Haus ihrer Eltern einbrangen, vom Balkon aus auf die Soldaten geschossen hatten. — Sonnabend morgen drangen in die Wohnung des administrativen Verwalters Santowks, einer Fabrik, die seit Wochen gesperrt ist, 2 unbekannte Männer ein und töteten den Verwalter durch 2 Revolverkugeln. Ferner wird aus Osk gemeldet: Auf den Polizeimeister Kapitän Gorski wurde eine Bombe geschleudert, viele Personen wurden getroffen, der Attentäter ist entkommen.

**Folgende bezeichnende Ansprache** hielt der Marineminister ohne Flotte, Wilew, in Uban an die Marineoffiziere: „Gaut der mir zusehenden Untergang habe ich heute den Befehl unterzeichnet, durch den 137 Mann, die Hauptschuldigen an der Revolte im hiesigen Hafen, vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Man wird sie nach den Kriegsgefehen aburteilen. Ich weiß wohl, daß die Untersuchung, als ein Werk von Menschenhänden, nicht alle Schuldigen ermitteln konnte und daß vielleicht ein Teil der Schuldigen sich noch in Eurer Mitte befindet. Seine Majestät der Kaiser hat es in seiner grenzenlosen Gnade nicht für möglich befunden, Euch nach Absonderung der Hauptschuldigen in einer so schimpflichen Stellung zu belassen, in der ihr nicht eine militärische Truppe, sondern etwas Unbestimmtes — eine unter Kontrolle

Rehende Bande darstellt. Auf meinen Bericht hin befohl Seine Majestät, Euch die Möglichkeit zu geben, durch treue, eifrige Pflichterfüllung Euer schimpfliches Verhalten wieder gutzumachen, und deshalb werdet ihr heute wieder die Waffen erhalten, um wieder Dienst zu tun wie die anderen Flottenkapitane und Truppen. Aber vergeßt nicht, daß, wenn trotzdem nach so großer Gnade noch die geringste Ausschreitung hat finden wird, ich die Schuldigen gnadenlos dem Kriegsgericht übergeben werde. Eure Schuld vor Gott und dem Harn ist so groß, daß Euch Verzeihung nur durch tatkraftige Gebete zu Gott dem Allmächtigen zuteil werden kann. Pfleget, haltet Sie den Gottesdienst ab und geben Sie den Mannschaften Gelegenheit, zu Gott zu beten." — Wieder die Gebete halten, hat der Krieg im Osten berufen. Die ganze Komödie, die von angeblicher Gnade trieb, ist für die Ohnmacht und Einsicht der Barockzeit gleich bezeichnend.

### Serbien.

**Neues Ministerium.** Das Ministerium Stojanowitsch hat Sonnabend demissioniert, da mit der Durchführung der Wahlen seine Mission beendet sei. Nachmittags unterzeichnete der König einen Ukas betr. die Bildung einer endgültigen parlamentarischen Regierung aus den Reihen der jungvitalen Partei — Hiernach ist das neue Kabinett folgendermaßen zusammengestellt: Präsidium und Kultus: Stojanowitsch, Aussenw.: Brjowitsch, Innenw.: Pawlowitsch, Krieg: Oberst Wlaskowitsch, Ganten: Dobrowitsch, Finanzen: Dr. Markowitsch, Justiz: Advokat P. Ilich, Arbeitsbau: Rechtsanwält Drakowitsch. — Außer den letztgenannten beiden Ministern waren alle schon Mitglieder des alten Kabinetts.

### Spanien.

**Die Hungernot wird größer.** Der Außenminister Romanones glaubt, daß die außerordentlichen Kredite zur Linderung der Hungernot in Madrasien, obwohl sie 13 Millionen Pesetas betragen, ungenügend sind, weil das Land ungeahnte Dimensionen angenommen hat. Sowohl offizielle als auch private Berichte aus dem Süden lauten trübsal. Der Bürgermeister von Ojunga berichtet, daß die Stadt fast in voller Unruhe befindet. Es herrscht eine große Panik. In verschiedenen Bezirken bemühten sich die Landarbeiter nachts der Schafherden, schlachteten die Schafe, um sich Nahrung zu verschaffen. Die Viehbesitzer sind machtlos. Sobald einzeln verhaftet werden, kommen alle Arbeiter herzugehauert und erklären, daß sie alle schuldig seien. Die verhafteten Landarbeiter äußern, sie seien mit ihrem Boje zufrieden, da sie im Gefängnis wenigstens ernährt würden.

### England.

**Edward VII. über die internationale Lage.** Das Parlament ist am Freitag vertagt worden. Bei der Gelegenheit hielt der König eine Rede, in der er seine Besorgnis über den Wuch der Königs von Spanien auspricht; der Besuch würde ohne Zweifel dazu dienen, die seit so langer Zeit bestehenden herzlichen Beziehungen zwischen England und Spanien noch fester zu gestalten. Dank der Vermittlung des Präsidenten Roosevelt fuhr der König fort, sind die russische und japanische Regierung in Verhandlungen eingetreten, deren Endzweck es ist, dem beklagten Wertes, der im fernen Osten noch immer seinen Fortgang nimmt, ein Ende zu machen. Es ist meine feste Hoffnung, daß sie zu einem dauernden und für beide Teile ehrenvollen Frieden führen wird. Die Signatarmächte der Konvention von Madrid vom Jahre 1880 sind durch den Sultan von Marokko eingeladen worden, an einer Konferenz teilzunehmen, deren Endzweck es ist, die besten Mittel zur Einführung der notwendigen Reformen in jenem Lande zu erwägen. Die Grundlagen einer solchen Konferenz werden noch beraten. Die Trennung von Schweden und Norwegen steht augenscheinlich bevor; ich habe das Vertrauen, daß durch Anwendung weiser Mäßigung auf jeder Seite eine Regelung erreicht werden wird, die für beide Teile annehmbar und von solcher Natur ist, daß es meiner Regierung möglich sein wird, mit dem Volk der skandinavischen Halbinsel dieselben freundlichen Beziehungen zu pflegen wie bisher.

### Amerika.

**Roosevelt und die südamerikanischen Republiken.** Aus Chantauqua (Staat New York) meldet das Reutersche Bureau: Präsident Roosevelt hielt hier eine Rede, in der er unter Hinweis auf die Monroe-Doktrin erklärte, die südamerikanischen Republiken dürften nicht Schutz auf Grund dieser Doktrin erwarten, falls sie sich der Bezahlung regulärer Schulden entziehen wollten. Er sei dagegen, daß sich fremde Nationen zu Herren südamerikanischer Völker machten, aber die Vereinigten Staaten würden keinen Krieg anfangen, um europäischen Nationen zu verhindern, die Befriedigung gerechtfertigter Forderungen zu erlangen, vorausgesetzt, daß es dabei nicht zu einer Okkupation von Land kommt. — In Venezuela wird man sich vermutlich diesen deutlichen Wink merken.

## England und Japan.

Die russische Antwort auf die japanischen Friedensbedingungen prüft, wie verlautet, der Reihe nach die Bedingungen und legt sodann die Ursachen und die Gründe für die Entscheidung dar, zu der man in jedem einzelnen Falle gelangt ist. Der Beweiskörper gegen die Bezahlung einer Entschädigung oder gegen eine Gebietsabtretung liegt die allgemeine Anschauung zu Grunde, daß Rußland für den Krieg nicht verantwortlich sei, und daß Rußland noch zur Fortsetzung des Kampfes bereit sei und auch diese Konferenz nicht gesucht habe als ein besiegtes Land, das um Bedingungen bittet, sondern deswegen, weil es ernstlich den Frieden wünschte, wenn ein ehrenvoller Friede möglich wäre, so könnte es weder einwilligen, den Japanern die Kriegskosten zu bezahlen, noch Gebiet abzutreten. — Die Beweisführung lautet ungefähr wie folgt: Rußland ist nicht besiegte; es hat Schläppen erklärt, aber es ist nicht gezwungen, unter allen Umständen den Frieden anzunehmen; Rußland wünscht den Frieden jetzt wie immer und wie es ihn gewünscht hat, bevor Japan die Feindseligkeiten eröffnet hat. Daß Rußland den Krieg nicht herbeigeführt oder gewünscht hat, geht daraus hervor, daß es weder in mili-

tärischer Hinsicht noch in der Verwaltung auf den Krieg vorbereitet war. Gegen Rußland konnte mit Recht die Ansicht vertreten werden, die eine Beschädigung erlitten werden, die Gelegenheit gegeben zu haben, die Japan suchte und auf die Japan seit zehn Jahren sich vorbereitet hatte, nämlich Krieg mit Rußland anzufangen. Die Verantwortung für den Krieg ruht auf Japan und nicht auf Rußland. Die Ausstüpfen der Konferenz lauten trotzdem günstig. Da von Romasch wird sich in der nächsten Sitzung über die russische Antwort äußern und man erwartet, daß die weiteren Verhandlungen bei gegenseitigem Entgegenkommen doch zu einem befriedigenden Ergebnis führen.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 14. August 1905.

**Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!**

Der Generalkriegsvorschlag des Genossen Kagenstein, der anlässlich des Wahlrechtsraubes gemacht wurde, konnte selbstverständlich aus den verschiedensten Gründen nirgends Gegenliebe finden. Die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt dazu, nachdem sie die Ausführungen der „Bremer Bürgerzeitung“ abdruckt:

Wir können uns diesen trefflichen Bemerkungen nur anschließen und gleichzeitig unserem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die Phantastereien Kagensteins in einer Parteikorrektur und zum Ausdruck kommen, denn dadurch wurde ein Teil der Parteipresse verleitet, den abgemachten Artikel abdruckten.

Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, der wir zuerst die Ausherkung des Genossen Kagenstein entnehmen, schreibt:

Ein unangenehmes Versehen. Wir müssen uns heute hier zu einem Irrtum bekennen. Durch ein Versehen, das sich durch die in der Ferienzeit recht große Belastung der Redakteure erklärt, ist in unseren politischen Teil eine Notiz aus einer Parteikorrektur gekommen, die in der Form nicht für die Veröffentlichung bestimmt war. In dieser Notiz wird die politische Situation in Lübeck besprochen und ein Generalkrieg der Arbeiter Lübecks empfohlen. Zu unserem großen Bedauern ist diese Notiz, welche in der Redaktion kritisch erörtert werden sollte, in das Zeitungsmaterial geraten und vorzeitig sowie ohne jede Kritik zum Abdruck gekommen. Das ist uns um so unangenehmer, als wir in der Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ in Wirklichkeit einen ganz anderen Standpunkt einnehmen. Wir sprechen vor dem politischen Generalkrieg an sich nicht zurück. Wir wünschen ihn aber nur da, wo es sich um ein Ziel handelt, das so gewaltige Opfer lohnen kann und wo um der Sache willen eine wirklich allgemeine Volksbewegung möglich ist. Das ist nicht der Fall in Lübeck bei der Wahlrechtsverschlechterung, das ist, wie Genosse Adler einst Vornstein gegenüber auf dem Preußentag betonte, auch nicht gegenüber dem preußischen Landtagswahlhammer der Fall. Wer um des preußischen Wahrschälens willen oder um den an sich sicher genügend verächtlichen Lübecker Wahlrechtsraub nach dem Generalkrieg ruft, der schießt mit Kanonen nach Spaten. Unsere Leser werden verstehen, wie unangenehm es uns daher ist, daß die erwähnte Notiz ohne den erforderlichen feinsinnigen Zusatz Aufnahme fand. Ueber den Inhalt der Notiz, den wir demnach völlig verwerfen, erteilen auch andere Parteiblätter erstreckt ablehnend.

**Gewerkschaften und Arbeiterpresse.** Wer gewerkschaftlich organisiert ist, muß auch die Arbeiterpresse lesen. Nun gibt es aber nur eine sozialdemokratische Arbeiterpresse, und so muß auch jeder Gewerkschaftler Abonnent derselben sein. Es gibt Gewerkschaftler, die da meinen, die Gewerkschaften seien „neutral“ und darum könne auch keinem Gewerkschaftler vorgeschrieben werden, daß er die sozialdemokratische Presse unterstütze. Es wird aber nur verlangt, daß der Gewerkschaftler die für die Gewerkschaften kämpfende Tagespresse unterstütze, und das ist allerdings ausschließlich die sozialdemokratische Presse. Wo ist denn in unserem Verbreitungsbezirk auch nur ein einziges Blatt außer dem „Lübecker Volksboten“, das im Kampfe der Gewerkschaften sich entschlossen auf die Seite der Arbeiter stellt? Es ist daher auch eine leere Ausrede, wenn ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, der statt des Arbeiterblattes die Kapitalistenpresse abonniert, sich mit der Neutralität der Gewerkschaften zu decken sucht. Die Arbeiterpresse umfaßt eben nicht nur die politischen Interessen des Arbeiters, sondern seine gesamten Interessen. Die Arbeiterpresse ist auch bemüht, in wissenschaftlicher und künstlerischer Hinsicht dem Arbeiter ein Führer zu sein, darum heißt sie eben schlechweg Arbeiterpresse. Ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, der die Kapitalistenpresse statt die Arbeiterpresse abonniert, hat ganz gewiß von seiner Gewerkschaft noch keinen rechten Begriff, es ist zu befürchten, daß er nur Mitglied ist. Damit er aber ein Mitglied aus innerster Erkenntnis und Ueberzeugung werde, ist nichts notwendiger, als daß er tagtäglich durch die Arbeiterpresse alle Vorgänge auf dem sozialen Kampfschauplatz richtig beurteilen lernt. Das bloße Beitragszahlen in der Gewerkschaft tut's nicht, jedes Gewerkschaftsmitglied muß auch auf sich allein gestellt eine hinreichende Erkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse und Vorgänge haben. Mägen darum alle Gewerkschaftsvorstände nur den größten Eifer entwickeln in dem Streben, jedes ihrer Mitglieder auch zum Abonnenten der Arbeiterpresse zu machen. Das ist zugleich wertvolle Arbeit für die Gewerkschaften selbst.

**Stadthalle.** „Der Bettelstudent“, Müllers melodische Operette, ging am Sonntagabend vor gut besetztem Hause erstmalig in Szene. Es ist bekannt, daß dieses melodische Werk in vieler Beziehung höher steht, als Operetten späterer Jahre, die über einen rauhen Augenblickserfolg quittieren konnten. Der gestrigen Aufführung, die zwar recht beifällig aufgenommen wurde, mangelte allerdings verschiedenen noch der richtige sollte, übermäßige Zug, der die elektrifizierende Wirkung des Stückes auch auf das Publikum überträgt. Das mag seinen Grund darin haben, daß die Einstudierung etwas übereilt hat vorgenommen werden müssen. Jedenfalls ist bei dem sonst sehr tüchtigen Künstlerkreise der Stadthalle zu erwarten, daß die Vorstellung noch mehr wie gestern, hochgestellten Anforderungen entspricht. Bräutigam in der äußeren Erscheinung und brav im Gesang und Spiel war Frau Waldheim als Laura. Eine frische Bonislawna gab Fräulein Liebreich, wemgleich der Hinweis auf ihre

„Taille“ nicht recht am Plage war. Den Simon sang Herr Messer, den Jan Herr Martin; beide hätten darstellerisch etwas mehr aus sich herausgeben können. Dem Mendorf des Herrn Förster hätte etwas mehr Humor nur zum Vorteil gereicht. James war Fräulein DeLose als Nichte. Die Vorstellung fand, wie gesagt, reiche Anerkennung.

**Sturz vom Terrorismus der Arbeiter.** Dem Maurermeister Zahn jun., dem die Innung „Bauhütte“ sonst nichts am Zeuge stehen kann, wird jetzt auf folgende Weise das Leben sauer zu machen gesucht: Man willt darauf hin, daß ihm von den Grundstücksbesitzern auf deren Grund und Boden bisher der Bauzucht abgeladen wurde, die Erlaubnis hierzu entzogen wird. Das ist in einem Falle auch bereits geschehen. Und die Leute, die so handeln, die Materialsperrn verhängen, schwarze Listen ausgeben usw., sprechen vom Terrorismus der Arbeiter!

Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 21. bis 31. Juli 121 Schiffsunfälle gemeldet worden. Davon sind 2 Dampfer und 10 Segelschiffe total verloren, 69 Dampfer und 40 Segelschiffe haben Beschädigungen erlitten.

ph. Festgenommen wurde ein Malergehilfe aus Trier, der von der königlichen Staatsanwaltschaft in Kiel wegen Diebstahls im Rückfalle und Wetterns flehentlich verfolgt wurde.

ph. Einbruchdiebstahl. In der Nacht vom 12. zum 13. d. Mts. wurden in einem an der Königstraße gelegenen Schuhmacherladen mittels Eindringens der Fensterhebe, aus dem Schaufenster ein Paar graue Herrenstiefel gestohlen. In den Stiefeln befanden sich noch die Leisten. Außerdem fehlten 6 seidene Schnürbänder und mehrere Dosen Schuhcreme.

ph. Ungebetene Gäste. In der Nacht zum Sonntag wurden aus dem Wirtschaftsräume des Vereins für Naturheilverfahren gestohlen: 50 Zigaretten, 4 Pfund Käse und 6 Pfund Wurst, 15 Flaschen Brause und 1 Flasche Wein f. von den unbekannt gebliebenen nächtlichen Besuchern ausgetrunken.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Ein Unfallsfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am Sonnabend abend am alten Wandrath in Hamburg. Der Arbeiter L. Timmermann fiel aus einer in der dritten Etage des Hauses Nr. 13 gelegenen Speicherluke auf die Straße und starb nach wenigen Minuten. Vom Blie erschlagen wurde die 82jährige Frau Brien von Jhehoe, welche zu Besuch in Buech in Dithmarschen weilte. In Langwedel und Kleinvolstedt wurden Bauerneigebote durch Blitzschlag eingedöhert. — Die Kieler Polizei verhaftete den Engländer Baker, der an dem Banknotendiebstahl in Liverpool teilgenommen hat. In seinem Besitz fanden sich 1200 Mark in dänischen Papieren. Ein Komplize wurde beim Wechseln von 20000 Mk. gestohlenen Banknoten in Kopenhagen festgenommen. Baker entkam nach Kiel. Er ist ein Mann von 78 Jahren. — Gostkyer Nawn in Gall bei Deaby wurde vom Blie getödtet.

**Hamburg.** Zur Lohnbewegung der Gasarbeiter wird dem „Hamb. Echo“ mitgeteilt, daß auf den Gaswerken Streikbrecherquartiere hergerichtet werden. Auf dem auf dem Grasbrook gelegenen Werk wird emsig an der Instandsetzung eines alten Gebäudes gearbeitet, in dem das Magazin sich befindet und dessen obere Räume früher zu vier Beamtenwohnungen dienen. Die letzte dieser Wohnungen wurde im Oktober vorigen Jahres geräumt. Später wurden dann alle Licht- und Wasseranlagen aus diesem oberen Teil des Gebäudes entfernt, die Fenster waren nach und nach entzweigegangen, und jedermann glaubte, die Ruine würde abgebrochen werden. Jetzt hat die Werksverwaltung sich plötzlich eines anderen besonnen. In wenigen Tagen ist das ganze renoviert worden. Die Zimmerwände werden niedrigergerissen und mehrere Zimmer zusammen zu Sälen eingerichtet, in denen Massenschlafstellen aufgeschlagen werden. Mehrliche Arbeiten werden auf dem Barmbecker Gaswerk ausgeführt. — Dazu bemerkt das „Echo“: Die Verwaltung der Gaswerke würde besser handeln, wenn sie die bescheidenen Forderungen der Gasarbeiter bewilligen würde. Wenn die Gasarbeiter endlich zum Streik greifen sollten, dann trägt die Verwaltung die Verantwortung dafür, weil sie allen Mahnungen der Arbeiter um angemessene Verbesserung der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse immerfort ein absolutes Nein! entgegenstellt. Und ein solcher Streik würde unabsehbare Folgen nach sich ziehen. Mehrere Tausend Arbeiter würden ausständig werden, denn die Zeiten, wo andere Gruppen hamburgischer Staatsarbeiter, zum Beispiel die Straßenreiner, sich kolonnenweise zum Streikführer kommandieren ließen, dürften vorbei sein. Damit rechnet wohl auch die Verwaltung der Gaswerke und darum die Massenquartiere, in denen Ausländer untergebracht werden können. Für alles das ist etwas von den drei Millionen Mark Jahresreingewinn der Gaswerke übrig, für die Verbesserung der färglichen Löhne der Gasarbeiter aber nicht. Ob wohl der Senat über den Stand der Dinge unterrichtet ist?

**Hamburg.** Wegen Unterschlagung von etwa 53000 Mark wurde der Prokurist einer Firma in der Reichenstraße verhaftet. Sein Prinzipal bemerkte bereits im März d. J. in den Büchern einen Fehlbetrag von 900 Mark. Der Verbaucht, die Summe veruntreut zu haben, fiel auf den Prokuristen, der auch seine Schuld sofort eingestand und sich verpflichtete, das Geld zu ersetzen. Von einer Anzeige wurde damals Abstand genommen. In der Stille revidierte der Geschäftsinhaber jedoch seine Bücher, aus denen er erlah, daß ihm im Jahre 1900 — 6745,25 Mk., 1901 — 7641,60 Mk., 1902 — 7309,90 Mk., 1903 — 7838,75 Mk., 1904 — 11579,55 Mk., endlich im Laufe dieses Jahres 963,40 Mk., in Summa somit 42051,45 Mk. abhanden gekommen waren. Der Prokurist gestand auf entsprechenden Vorhalt nicht nur ein, sämtliche angeführten Beträge unterschlagen zu haben, sondern erklärte, daß er mit den Beträgen bereits im Jahre 1897 angefangen habe und daß zu der ermittelten Summe noch etwa 10000 Mk. hinzukämen. Nun erfolgte Anzeige bei der Polizeibehörde, die den Defraudanten verhaftete. In den Besitz der Geldbeträge ist der Leichtsinnige gelangt, indem er durch die Post eingezogene Summen unterschlug und dann entsprechende Fälschungen der Bücher vornahm.

**Hamburg.** Der Stettiner Vulkan will bei Hamburg eine neue Werftanlage errichten. In dem Inseratenteil der „Nordb. Allgem. Zeitung“ veröffentlicht die Direktion der Stettiner Maschinenbau-Gesellschaft Vulkan nun eine sehr umfangreiche Mitteilung in Sachen der Errichtung einer Zweigniederlassung des Vulkan im Hamburger Hafen. Die Direktion legt durch den Abdruck des Aktienmaterials, das sich in den Händen des Aufsichtsrats befindet und ursprünglich für die Öffentlichkeit nicht bestimmt war, dar, daß die Opposition einer Anzahl Stettiner und Ortinteressenten, sowie eines erheblichen Aktienbesitzes wegen der befürchteten nachteiligen Rückwirkung auf das Stettiner Wirtschaftsleben durch die Verdrängung der Bredower Werft unberechtigt sei. Die an-

**Sonderburg.** Neue Ausweisungen! In den letzten Tagen sind hier mehrere amerikanische Bürger, d. h. solche Personen, die von hier ausgewandert sind und durch ihren genügend langen Aufenthalt in Amerika dort Bürgerrecht erworben haben, welche ihre Verwandten hier besuchen wollten, mit kurzer Frist ausgewiesen worden.

**Laubenburg.** Nord. Auf einem Schleppdampfer auf der Elbe ist scheinbar vor kurzem ein Mord verübt worden. Eine von der Kriminalpolizei gesuchte Frauensperson aus Magdeburg wurde als Leiche mit durchschnittenem Hals auf dem Schleppdampfer Nr. 2 der Deutsch-Nestereichischen Schleppdampfer-Gesellschaft gefunden. Die Leiche war unter dem Fußboden der Steuereremanslakte versteckt. Kapitän und Steuermann wurden in Haft genommen.

**Zehe.** Die in Konstanz befindliche Lagerdorfer Portland-Zement-Fabrik ist für den Preis von 300 000 Mark von der Berliner Baufirma Born u. Busse aufgekauft worden.

**Sufum.** Lohnbewegung der Tischler in Sufum. Schon seit längerer Zeit war unter den bei den einzelnen kleinen Meistern beschäftigten Tischlergehilfen eine Bewegung im Gange, an die Meister mit Lohnforderungen heranzutreten. Es sollten gefordert werden: Für Möbeltischler 35 und für Bautischler 38 Pfg. Stundenlohn, für Ueberstunden entsprechenden Aufschlag, 10stündige Arbeitszeit, Abschaffung von Kost und Logis im Hause der Meister. Nachdem nun die Leitung der Möbelfabrik die Forderungen bewilligt hatte, wurden nun die andern Gesellen bei ihren Meistern mit oben mitgeteilten Forderungen vorstellig. Eine Arbeitgeberversammlung bewilligte die gestellten Forderungen bis auf den Lohn für Bautischler. Die Bautischlermeister erklärten, sie könnten bei den gedrückten Preisen auch nicht mehr als 35 Pfg. pro Stunde bezahlen. Es ist Aussicht vorhanden, daß mit der Zeit auch bei diesen Meistern etwas bessere Verhältnisse Platz greifen.

**Sonderburg.** Neue Ausweisungen! In den letzten Tagen sind hier mehrere amerikanische Bürger, d. h. solche Personen, die von hier ausgewandert sind und durch ihren genügend langen Aufenthalt in Amerika dort Bürgerrecht erworben haben, welche ihre Verwandten hier besuchen wollten, mit kurzer Frist ausgewiesen worden.

### Ans Nah und Fern.

**Von der Bieglerschen Nordpolexpedition.** „Aften Posten“ meldet über die Expedition zum Entschlaf der Bieglerschen Nordpolexpedition. Die „Terra Nova“ ist am 1. Juni von Tromsø abgefahren. Die Verhältnisse waren die denkbar ungünstigsten. Das Schiff fuhr bei anhaltend höchtem N.W. ostwärts längs der Eisante. Es begann am 24. Juni im Eise zu manövrieren und rückte langsam vorwärts. Am 25. Juni stieß es auf offenes Wasser, in dem es weiter fuhr, bis es am 26. Juni wiederum auf festes Eis stieß. Am 29. Juni erreichte es Kap Dillon, wo man sechs Mann der Bieglerschen Expedition wohlbehalten antraf. Diese sechs Mann wurden mit einer Schlittenexpedition nach dem Kap Biegler geschickt, um den Leiter der Bieglerschen Expedition Fiala, welcher sich dort mit 9 Mann aufhielt, von der Ankunft der „Terra Nova“ zu unterrichten. Das Schiff „Terra Nova“ fuhr jetzt nach Kap Flora und kam dort am 30. Juni nachmittags an. Hier wurden 22 Wiener an Bord genommen, die sich in weniger guter Verfassung befanden, jedoch einzelne von ihnen wohl kaum noch eine Ueberwinterung aushalten könnten. Am 31. Juli kehrte die „Terra Nova“ nach Kap Dillon zurück. Der Leiter der Expedition Champ begab sich jetzt von hier aus über das feste Eis mit einer Schlittenexpedition nach Camp Biegler, um Fiala zu Hilfe zu kommen. Am 1. August waren alle zurückgekehrt und es wurde die Heimreise angetreten. Nach vielen Schwierigkeiten kam die „Terra Nova“ am 6. August aus dem festen Eise heraus. Bei seiner Ankunft in Tromsø erhielt Champ die telegraphische Meldung, daß auch die zweite Schlittenexpedition auf der „Magdalena“ sich auf der Heimreise befinde. Die Bieglerschen Fiala-Expedition hatte mit sehr vielen und

sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Sie ging in der Tepligbüchse in Winterquartier. Dort wurden 50 Tonnen Proviant und 100 Tonnen Kohlen auf dem Eise ausgeladen. Am 16. November 1903 wurde während eines heftigen Unwetters das Expeditionschiff „Amerika“ zertrümmert und auch die ausgeladenen Proviant- und Kohlenvorräte gingen verloren. Das Wrack des Schiffes blieb bis zum 22. Jan. 1904 liegen. An diesem Tage verschwand es während eines Unwetters; man weiß nicht, ob es gesunken oder fortgetrieben ist. Der große Proviantverlust machte sich sehr fühlbar, doch fand man hier das von Baldwin in der Tepligbüchse niedergelegte Depot. In nächsten 3. Jahrgang wurden sowohl auf der Ost- sowie auf der Westseite Versuche gemacht, nach dem Norden vorzubringen, doch waren die Verhältnisse sehr ungünstig. Die Expedition stieß auf viel offenes Wasser, das nachts zufror. Sie hatte täglich große Gefahren und Schwierigkeiten zu bestehen; der Proviant begann auszugehen. Die Expedition begann nun die mühselige Reise nach Süden. Auf dieser Reise wurden die Mitglieder allmählich auf die oben genannten Stationen Kap Flora, Kap Dillon und Camp Biegler verteilt. Auf diesen Stationen wurden die Proviantverhältnisse durch Waldfang verbessert. Die Expedition ist imstande, bedeutende Verbesserungen der Karten vorzunehmen.

### Quittung.

Für die russischen Freiheitskämpfer gingen bei uns ein:  
 Zentralverband der Hafenarbeiter, 19,05 Mk.  
 Ueberschuß vom Sommerfest, 19,05 Mk.  
 Expedition des „L. B.“

### Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 12. August  
 Der Schweinshandel verlief gut.  
 Rugefärbt wurden 1437 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Sengarweine — Mk., Verandtschweine, schwere 67—68 Mk., leichte 66—67 1/2 Mk., Gauen 60—64 Mk., und Ferkel 62—65 Mk. pro 100 Pfund.

# Hohe Butterpreise

sind infolge mangelhafter Futterernte eingetreten.

Als anerkannt vorzüglichen Butterersatz verwende jede Hausfrau

## „Mohra-“

Margarine, die sich im Preise fast um die Hälfte billiger, als Naturbutter stellt, jedoch alle Eigenschaften der letzteren für jede Verwendungsart besitzt.

Überall käuflich!



### Bürgerlicher Mittagstisch gesucht

Nähe der Johannisstraße bevorzugt.  
 Offerten unter E S an die Expedition d. Bl.

## Klub Fidelitas.

In der am 13. August stattgefundenen Tombola wurden folgende Lose mit Gewinnen gezogen:

|      |      |      |      |      |      |      |
|------|------|------|------|------|------|------|
| 44   | 55   | 72   | 127  | 133  | 164  | 179  |
| 233  | 259  | 318  | 330  | 336  | 337  | 393  |
| 400  | 402  | 431  | 453  | 461  | 484  | 507  |
| 533  | 658  | 687  | 716  | 742  | 750  | 753  |
| 769  | 780  | 886  | 904  | 950  | 1034 | 1131 |
| 1149 | 1163 | 1194 | 1200 | 1207 | 1235 | 1242 |
| 1283 | 1345 | 1347 | 1362 | 1381 | 1383 | 1415 |
| 1428 | 1463 | 1471 | 1483 | 1493 | 1509 | 1522 |
| 1550 | 1553 | 1555 | 1591 | 1605 | 1618 | 1630 |
| 1661 | 1695 | 1706 | 1745 | 1753 | 1770 | 1796 |
| 1821 | 1827 | 1849 | 1870 | 1871 | 1890 | 1920 |
| 1923 | 1939 | 1946 | 1979 | 2028 | 2043 | 2049 |
| 2104 | 2110 | 2139 | 2175 | 2176 | 2181 | 2225 |
| 2253 | 2261 | 2271 | 2273 | 2322 | 2383 | 2428 |
| 2434 | 2462 | 2468 | 2474 | 2500 | 2526 | 2598 |
| 2620 | 2695 | 2731 | 2770 | 2847 | 2902 | 3010 |
| 3016 | 3053 | 3090 | 3163 | 3169 | 3221 | 3251 |
| 3275 | 3282 | 3286 | 3291 | 3393 | 3412 | 3512 |
| 3529 | 3538 | 3545 | 3558 | 3633 | 3640 | 3641 |
| 3692 | 3693 | 3701 | 3719 | 3723 | 3725 | 3752 |
| 3787 | 3789 | 3823 | 3834 | 3843 | 3844 | 3880 |
| 3892 | 3955 | 3980 |      |      |      |      |

Die Gewinne werden am Dienstag den 15. August, abends 7 Uhr, im Lokale „Wakenitz-Bellevue“ verabsolgt, später beim Kassensührer C. Dorendorf, Al. Altesfähre 15. Die bis zum 31. August nicht abgeholt Gewinne verfallen der Vereinskasse.

Der Vorstand.

### Empfehlungs-Karten

Die Druckerei des Ldb. Volksboten.

### Schmerzloses Einsetzen künstlicher Zähne

ohne Herausnahme der Wurzeln unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen Teilzahlung gestattet.

M. Marks, Zahnkünstler, Wakenitzstr. 28.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.  
 Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.  
 1 Jahr Garantie.  
 Ernst Gentzen, Uhrmacher, Königstraße 62, b. d. Hühnerstraße.

Adolf Hübner, Uhren u. Goldwarenhandlung, u. Reparaturwerkstatt, Fünshausen 13.

**1 Waggon Marschkäse**  
 Vollfett Pfd. 40 Pfg.  
 II. Sorte Pfd. 20 Pfg.  
**Ed. Sneck, Hühnerstr. 80**

## Bewerkschaftsfest.

Die Bevollmächtigten der Gewerkschaften und Vereine, sowie sonstige Inhaber von

## Festkarten

werden dringend ersucht, sich am Montag, Dienstag oder Mittwoch dieser Woche im „Vereinshaus“ einzufinden. Die Kassierer des Komitees sind zur Entgegennahme der Beträge dort von 8 Uhr an anwesend.  
 Das Fest-Komitee.

Der Arbeiter Johann Pauls ist seit dem 7. August ex. nicht mehr in meinem Geschäfte tätig.

## Heinr. Meyer

Kohlenhandlung  
 Hühnerstraße 114.

## Holzarbeiter-Verband

## Mitglieder-Versammlung

am Dienstag den 15. August abends 8 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

- Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Löwig über: „Wirtschaftliche Kämpfe“.  
 2. Innere Verbandsangelegenheiten.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Die Lokalverwaltung.

## Achtung!

## Hafenarbeiter

(zentral).  
 Sektion Kohlenarbeiter.

## Verammlung

am Mittwoch den 16. August abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahlen.  
 2. Innere Verbandsangelegenheiten.  
 Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder notwendig.  
 Der Vorstand.

## Stadt-Halle.

Dienstag: Abonnement-Vorstellung 80.  
 Benefiz für Hellmuth Pfund.  
 Einmalige Aufführung von  
**Rosenmontag.**  
 Eine Offizierskomödie in 5 Akten von Otto Erich Hartleben  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Von 7 Uhr Konzert.

## Restaurant zur Post

Braunstr. 4 Heinr. Mollenhauer Braunstr. 4.

Meinen Freunden und Gönnern die ergebene Anzeige, daß ich obiges Restaurant heute eröffne. Mit der Bitte, mir das bisher in meinem Geschäft an der Obertrave bewiesene Wohlwollen auch in meinem neuen Unternehmen entgegenzubringen, zeichne ich mich  
 Hochachtungsvoll

Heinr. Mollenhauer.

## „Die Neue Zeit“

— Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. —

Redigiert von Karl Kautsky.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.  
 Johannisstraße 50.

Die Geburt eines kräftigen Jungen zeigen an  
 E. Rahmstorf und Frau.  
**Kindersitzwagen mit Verdeck**  
 billig zu verkaufen.  
 Wakenitzmauer 1 b, III., links.

Ein guterhaltener Kinderwagen zu verkaufen  
 Ludwigstraße 64, part  
 Empfehle sehr schöne 2. Sorte  
**Meiereibutter Pfund 1.20 Mk.**  
 F. Lorenz, Chafoststraße 21.

## Gegen die guten Sitten.

In der letzten Nummer der „Sozialen Praxis“ unter- sucht Sanbdrucker Dr. Matthaei Hamburg die Rechtsgültigkeit des von den Unternehmern häufig geforderten Reverses, durch den der Arbeiter sich verpflichtet, einer Organi- sation nicht anzugehören. Er stellt dabei fest, daß die Wissenschaft mit einer seltenen Ein- mütigkeit diese Verpflichtungen als gegen die guten Sitten verstoßend und daher nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches nichtig ansieht. Er weist darauf hin, daß bei der Beratung des Gesetzbuches in der Reichstagskom- mission von dem Regierungvertreter wie von mehreren Mitgliedern die Wichtigkeit der gegen die Gewerbe- oder die Koalitionsfreiheit verstoßenden Rechtsgeschäfte anerkannt wor- den ist, und zieht weiter die Beurteilung der hervorragenden Rechtskennner, wie Bland, Dernburg und Lotmar an, von denen Bland, als Generalreferent der zweiten Kommission für das B. G. B., wohl der berufenste Beurteiler, entschieden erklärt: daß ein Rechtsgeschäft, das gegen die großen Prin- zipien der persönlichen Freiheit, der Gewissensfreiheit, der Koalitionsfreiheit, der Gewerbefreiheit, der Freiheit in Aus- übung des Wahlrechts verstößt, immer auch als ein gegen die guten Sitten verstoßendes Rechtsgeschäft anzusehen ist. „Verpflichtet sich also“, folgert hieraus zutreffend Matthaei, „ein Arbeiter auf Verlangen eines Arbeitgebers, bestimmten Organisationen nicht beizutreten oder sich überhaupt nicht zu organisieren, so ist diese Verpflichtung nichtig, d. h. sie er- zeugt keinerlei rechtliche Wirkung. Der Arbeiter kann sein Koalitionsrecht ohne Rücksicht auf die Verpflichtung ausüben, ohne daß der Arbeitgeber daraus für den Arbeiter rechtliche Nachteile herleiten kann. Insbesondere kann der Arbeitgeber ihn nicht aus diesem Grunde ohne Innehaltung der ver- tragsmäßigen Kündigungsfrist vorzeitig entlassen.“ Als im Jahre 1890 die Hamburger Tabakindustriellen den Revers, dem Verbands nicht mehr anzugehören, von den Arbeitern forderten, erregte es mächtiges Aufsehen und viele „mora- lische Entrüstung“ in bürgerlichen Kreisen, daß Genossenschaftlicher Arbeiter aufforderte, der wirtschaftlichen Ueber- macht weichen, ihre Unterschrift zu geben und dennoch im Verbands zu bleiben. „Man will, daß Ihr Lügner seid. Seid Lügner!“ In dieser Aufforderung wurde eine beson- dere sozialdemokratische Treulosigkeit erblickt, und namentlich der würdige Vorkämpfer bürgerlicher Entrüstung, Hans Blum, hat in seinem bekannten Lügenbuche 1892 dieses hölzerne Schwert tapfer geschwungen. Und doch lag in jener Auf- forderung nichts anderes als die Feststellung der von der ganzen ersten juristischen Wissenschaft anerkannten Tatsache, daß eine erzwingende unsittliche Verpflichtung nicht bindet; daß ich den Wächsel, den ein Raubmörder mit dem Re- volver in der Hand mir abgepreßt hat, nicht einzulösen brauche.

Werner Sombart hat in einer geistvollen Abhandlung einmal den Satz aufgestellt, daß die Moral der Volkswirt- schaft nie nachhinkt, daß deshalb Forderungen, die im Namen der Moral aufgestellt werden, meist auf überwundene Zu- stände zugeschnitten, mithin reaktionär und auf die Dauer ausfallend seien. Sicherlich trifft das sehr häufig zu, z. B. auf den größten Teil unserer moralisch aufgestellten Mittel- standprogramme. Aber der Gedanke an sich ist darum doch falsch. Nicht weil sie „moralisch“, sondern weil sie ver- altete, technisch und wirtschaftlich rückständige Forderungen stellen, sind diese Forderungen reaktionär und zukunftslos. Prüft man den moralischen Gehalt dieser Forderungen näher, so findet man, daß er gar nicht vorhanden ist, daß zumeist — z. B. in der Bekämpfung der Koalitionsfreiheit, der Konsum- genossenschaft, des Arbeiterschutzes — ganz einseitige Inter- essen kleiner Gruppen im Gegensatz zu den Interessen der Gesamtheit, mithin moralwidrige Forderungen, sei es auch im Namen und im Gewande einer abgehandenen Schein- moral, vertreten werden. Die Moral ist schließlich nichts

andres, als die in feste Formen gebrachte und den einzelnen als Gesetz vorgestellte Zusammenfassung der wirklichen oder vermeintlichen Bedürfnisse der Gesellschaft. In einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft werden sich abweichende und einander widersprechende Klassenmoralen ausbilden. Daneben aber gibt es eine Reihe wirklich allgemeiner Interessen und eine diesen entsprechende Morallehre. Und neben einer vor- läufigen oder schon absterbenden Moral, die innerlich be- reits überwundenen gesellschaftlichen Zuständen entspricht, gibt es eine der Zukunft zugewandte und zukunftssichere, die aus den nach Anerkennung verlangenden wirklichen Interessen der großen Mehrzahl und der Gesamtentwicklung des Volkes hervorgeht, wie es im Exakter Programm heißt: „Diese gesellschaftliche Umwandlung (zum Sozialismus) bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des ge- samten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet.“ Hier erscheint eine der Zukunft zugewandte, den Gesamtinteressen der Menschheit dienende Gesellschaftslehre, die an den einzelnen bestimmte Forderungen stellt und Opfer von ihm verlangt, mithin eine Moral: aber keine matte und altersschwache, sondern eine kraftvolle und jugendfrische, darum festere Moral.

Der Satz von der Ungültigkeit der „guten Sitten“ widerstehenden Rechtsgeschäfte bedeutet eine Anwendung der Moral auf das Recht, das sich ihr unterordnet. Und wir finden hier die gleiche Erscheinung wie bei der Moral überhaupt. Auch hier können altmodische und inhaltslos ge- worden, auch einseitige Klasseninteressen, ebensowohl aber auch allgemein-gesellschaftlich und dem Bedürfnis der Ent- wicklung der Gesellschaft dienende Interessen im Gewande der Moral erscheinen und die Rechtsprechung beeinflussen. Und so häufig wir in unsrer aus den herrschenden Klassen hervorgehenden und deren Gedankengang widerspiegelnden Rechtsprechung die Auffassungen dieser Klassen wiederfinden, so gibt es doch gewisse Extreme, denen eine nicht geradezu gewissen- oder völlig gedankenlose Rechtsprechung entgegen- treten muß. Und so wird der Satz von der Nichtigkeit un- sittlicher Geschäfte manchmal in den Dienst der Volksinteressen gestellt und zu ihrem Schutze gegen die rücksichtslose und selbsteigene Macht und Machtgier der herrschenden Schichten verwendet. So haben Gewerbegerichte in vereinzelten Fällen Arbeits- verträge, in denen besonders schamlose Hungerlöhne ver- einbart waren, auf Grund jener Bestimmung als wucherlich und darum nicht verbindlich erklärt. Das Reichsgericht hat das System der schwarzen Listen, die auf die völlige Bekämpfung der wirtschaftlichen Existenz des Arbeiters gerich- tet sind, als gegen die guten Sitten verstoßend und die Unternehmer, die solche Listen ausgeben, für Schadenersatz- pflichtig erklärt. In der gleichen Richtung bewegt sich die von Matthaei dargelegte Rechtskenntnis, die der mensch- lichen Persönlichkeit Schutz gegen den Druck verbrecherischer Freiheitsbeschränkung zuerkennt.

Freilich ein kümmerliches Auskunftsmitel bleibt es immer. Der Erpresser, der ein Geldversprechen erteilt, kann nicht allein diese „Schuld“ nicht einlagern — er macht sich auch strafbar. Hier aber bleibt gegen eine Ver- gewaltigung, die um nichts besser ist als Raub oder Not- zucht, nur das tägliche Hilfsmittel der zivilrechtlichen Unwirksamkeit des verbrecherisch erzwungenen Versprechens, statt daß dieses vom Gesetz verboten und strafbar gemacht würde.

Und die ganze Rechtsprechung, die mit dem Satze von den guten Sitten operiert, nützt schon darum nicht viel, weil es sich hier um überwiegend wirtschaftliche Be- ziehungen handelt, die größtenteils nicht zur rechtlichen Be- urteilung und Entscheidung gelangen. Kann der „Arbeit- geber“ dem Revers zuwiderhandelnden Arbeiter nicht ohne weiteres entlassen, so kann er ihn doch auf 14 Tage, oder wie kurz die vereinbarte Kündigungsfrist sein mag, kündigen, ohne daß ein Gesetz dem willkürlich entlassenen Arbeiter zur Seite steht. Außerdem aber sind es stets nur die äußersten Ausartungen kapitalistischer Willkür, die diese

Rechtsprechung trifft. Würde z. B. die Anwendung des Wucherbegriffs auch nur einigermaßen dem eigent- lichen Begriffe dieses Wortes entsprechend ausgedehnt, so würde der Eingriff in unser Wirtschaftssystem so tief, daß es ihn nicht tragen könnte. Wie viele Millionen Wohn- und Mißabreden usw. müßten für ungültig erklärt und, dem „wirklichen Wert“ der Arbeitsleistung oder der gewährten Wohnung entsprechen, erhöht oder herabgesetzt werden! Es ist nicht möglich, daß in dieser Weise die Rechtsprechung in die wirtschaftlichen Verhältnisse eingreift. In die Ge- setzgebung erst einmal soweit gelangt, so wird die ganze Rechtsordnung um ihre Unterlage, die Produktionsordnung, geändert, womit die Rechtsprechung von selbst eine andere wird.

Es ist aber kein Zufall, daß die Betätigung der Unter- nehmerwillkür: so vielfach und in so wichtigen Punkten selbst mit der bürgerlichen Rechtsauffassung in Widerspruch kommt. Bedeutet doch der Kapitalismus in seiner Vollendung die Aufhebung der die bürgerliche Gesetzgebung beherrschenden und ihre Voraussetzung bildenden Grundzüge der Vertrags- freiheit, der Selbstverantwortlichkeit und ähnliches und ihren Ersatz durch die Willkür des nach schrankenloser Macht ver- langenden Kapitals. So hat das Kleinbürgertum nur ab- sterbende und veraltende, die Arbeiterklasse nur werdende, kräftig sich gestaltende Moralauffassung — der Kapi- talismus aber seinem Wesen nach gar keine. Kraft, Intelligenz, Tüchtigkeit erkennt er an, soweit er sie nicht auf seinem Wege mit ehernen Hufen zertritt. Moralische Interessen, Bedenken, Befürchtungen sind ihm ein Scherz von vorgestern, die er achlos beiseite schiebt.

Aber neue Kräfte wachsen heran, erfüllt von den Auf- gaben der Zukunft, nach neuen Idealen strebend. Und sie werden bereinigen den ganzen Kapitalismus, als gegen die guten Sitten verstoßend, für nichtig erklären und aufheben.

## Soziales und Parteilieben.

Die Textilarbeiterausperrung in Sachsen-Thü- ringen. Der Zentralvorstand des Verbandes deutscher Textilarbeiter erläßt eine Aufforderung an die Ortsverwal- tungen, angeht die Lage der sächsisch-thüringischen Textil- industrie auf vier Wochen eine Sondersteuer von wöchentlich 20 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder zu erheben. Verhandlungen in Glauchau zwischen den Unternehmern und den Vertretern der Arbeiter führten zu folgendem neuen Vergleichsvorschlage: 1. Die tägliche Ar- beitszeit beträgt regelmäßig in Glauchau 10 Stunden 30 Minuten, in Meerane 10 Stunden 20 Minuten. 2. Der Lohn wird nach Tagen gewährt. Wird ohne Verschulden der Arbeiter die regelmäßige tägliche Arbeitszeit nicht erfüllt, so ist gleichwohl für den angefangenen Tag der volle Tag- lohn zu gewähren. Wird über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus gearbeitet, was möglich ist nicht über 2 Stunden hin- aus geschehen soll, so ist der Lohn für jede Ueberstunde be- sonders zu gewähren. 3. Der regelmäßige Tageslohn beträgt mindestens a) für männliche Arbeiter im Alter von mehr als 18 Jahren 2,45 Mk., im Alter bis zu 18 Jahren 2,20 Mk.; b) für weibliche Arbeiter 1,42 Mk., in Meerane jedoch nach dreimonatlicher Beschäftigung 1,50 Mk. Bei Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, die noch nicht länger als sechs Monate ohne Unterbrechung in der Branche beschäftigt sind, kann der Tageslohn um 10 Proz. gekürzt werden. 4. Für Ueberstunden beträgt der Mindestlohn a) bei männ- lichen Arbeitern in Glauchau, soweit die Arbeiter bis zu 2,45 Mk. Tageslohn beziehen, 30 Pf.; soweit sie mehr als 2,45 Mk. bis 3 Mk. Tageslohn beziehen, 35 Pf.; soweit sie mehr als 3 Mk. Tageslohn beziehen, 40 Pf.; in Meerane 40 Pf. für die ersten zwei Ueberstunden, 50 Pf. für die dritte und jede weitere Ueberstunde; b) bei weiblichen Ar- beitern 20 Pf. 5. In allen Fällen, in denen bereits fester höhere Löhne bezahlt worden sind, werden diese auch weiter gewährt werden. 6. Zur Entscheidung über Reinigungsver-

## Am den Porbeer der Wissenschaft.

Roman von Friedrich Thieme.

46. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Wachenden Herzens wartete Reinhart. Auf den ersten Blick seines Schwagers stieg er herbei. Schon in der Tür- hingen ausgebreitete Arme juchzend und schuchzend ihn auf, nicht wieder los ließ ihn die schwergeprüfte Mutter, immer von neuem drückte sie ihn an ihre Brust und Fuß auf Fuß presste sie auf seine Wangen! Dann löste Gertrud sie ab, und auch sie wurde nicht so halb fertig — und zuletzt beehrte der Doktor auch noch sein Recht: auf der Straße war man noch zu geniert gewesen; so schlang er kräftig seinen Arm um den Schwager und applizierte ihm einige tüchtige Schläge.

„Glaub's nur, Reinhart“, rief er lachend, „schon als ich Ihnen meinen Hund verkündete, zog neue fröhliche Hoff- nung in unsere Brust! Sie hat uns nicht zuschanden werden lassen! Du wirst doch hoffentlich noch heute Schritte tun, die dein Recht zu sichern?“

Dr. Hohls lichte Züge verhäfferten sich. „Und Wera, Albin? Leopold ist ihr Bruder —“ „Trotz alledem, der Schurke hat keine Schonung ver- dient! Mittellos hat er dich ins Elend gestoßen, er war der erste, der dich des gemeinen Verbrechens bezichtigte, welches das Strafgesetz kennt! Kein Mittel mit diesem Burschen, oder du belommst es mit mir zu tun! Wenn du ägerst, so werde ich an deiner Statt handeln!“

„Ich sehe wohl ein, daß ich muß“, erklärte der Wieder- gekehrte mit traurigem Ernst. „Vergiß aber nicht, Fresen, daß ich mich durch diesen Schritt gleichzeitig von Wera für immer scheidet!“

„Von Wera?“ versetzte der Arzt fast heftig. „Kennst du sie nicht besser, Reinhart? Ein Weib, das für einen Mann so in die Schanze tritt, läßt nicht von ihm! Nur frisch vor-

wärts, lieber Junge, — deine Wera wird den Weg zu dir schon zu finden wissen!“

Dr. Reinhart Hohl unerschulbig! Dr. Reinhart Hohl der wahre Erforscher der unbekanntesten Regionen Zentralafrikas! Fast derselbe Atem wehte die Volkshäfen hinaus in die Welt! Bereits am Tage nach seiner Entlassung legte Rein- hart sein Buch dem Vorsitzenden der Gesellschaft für Erd- kunde vor und sah seine Beweise glänzend gewürdigt. Der Gelehrte war über Leopold Selals Schandtat aufs äußerste entrüstet, er berief für den nächsten Tag eine Sitzung ein und in dieser errang Reinhart Hohl die glänzendste Sen- tenz! Schon sein tragisches Schicksal, die grundlose An- klage, nahmen das Publikum zu seinen Gunsten ein, als nun noch der andere an ihm verübte Streich bekannt wurde, schlug der Wind der öffentlichen Meinung in einem Augen- blick um: Dr. Hohl war der Held des Tages, alle Zeitungen brachten Artikel über ihn, alle Journale sein Bildnis, und Ausbrüche der Entrüstung regneten gegen Leopold Selal, der seinen Freund in den Wahnsinn getrieben und betnahe noch in Schande und Tod gejagt hätte!

Die Dunkelheit lag mit dem scheidenden Tage im Kampf, da hielt eine Drohkölle vor dem Landhaus des Ge- heimrats in Schleißen, Selal selbst stieg heraus; rot wie ein Puter im Gesicht, schritt er auf die Tür zu, die er hinter sich dröhnend ins Schloß warf. Wenige Augenblicke später trat er in das Krankenzimmer, wo seine Frau und Wera am Bett des Kranken beschäftigt waren. Leopold schlief, er befand sich auf dem Wege der Besserung, bedurfte aber immer noch großer Schonung.

„Da hast Ihr den Witz“, rief der Geheimrat in höchster Wut, seiner Frau einen Brief in den Schoß werfend. „Dachte ich mir's doch, daß es so kommen werde.“

Frau Selal nahm erschrocken das ihr auf so fürnische

Weise abfierte Schreiben aus dem bereits geöffneten Kuvert. Der Inhalt war kurz, aber bedeutungsvoll:

„Herrn Geheimrat Selal, hier. Unter den eingetretenen Umständen werden Sie ver- zehlich finden, daß ich hiermit meine Genehmigung zur Verbindung meiner Tochter Germa mit Ihrem Herrn Sohne zurückziehe.“

Hochachtungsvoll v. Moritz, Kommerzienrat. „Es war allerdings zu erwarten“, kam es bebend von den Lippen der armen Mutter. „Natürlich — ich hätte es ebenso gemacht“, sagte der vor Horn außer sich geratene Mann, dessen Stolz noch nie tiefer verwundet worden.

„Schrei nicht so, du weckst ihn ja“, ermahnte die Mutter, „er kann den Tod davon haben!“

„Wenn er ihn doch hätte, das wäre das Beste für ihn und uns“, zürnte der Vater. „Was will er denn noch? Seine Ehre ist vernichtet und unsere mit ihm! Freventlich hat er seinen Vater mit sich dahin gepörrt — heiliger Schöpfer, was ist nun mein Streben, mein Schaffen gewesen — ein ganzes Leben voll Verdienst und Arbeit — so ein Dube, so ein Schuft!“

„Nüchiger, vergiß dich nicht! Es ist unser Kind, — sein Leben liegt auf dem Spiele.“

„Mag es — ihm bleibt doch nichts mehr als eine Fugel oder ein Strick! Ob ich eine Ahnung —“ der Geheimrat hielt mit einem bestürzten Blick auf Wera inne. „Aber wer denkt so etwas vom eigenen Sohne“, verbesserte er sich rasch.

„Schweig doch, er darf nichts davon hören, so lange sein Leben noch in so großer Gefahr schwebt“, flüsterte Frau Selal händeringend.

„Wovon darf ich nichts hören, Mutter?“ flüsterte der erwachte Patient, seine matten Augen groß und fragend auf seine bleiche Pflegerin gerichtet.

schiedenheiten wegen der Bühne wird sowohl für Glaukhan wie für Meerane je ein britischer Schlichtungs-Ausschuß eingerichtet. Das „Bugeständnis“ der Unternehmer besteht in der Hauptsache nur in einer weiteren Aufbesserung des Lohnes, um abermals 60 Pf. pro Woche, so daß derselbe nur höchstensfalls 14.70 Mk. betragen würde, während die Arbeiter 15 Mk. forderten. Aber dieser Lohn von mindestens 14.70 Mk. kann auch noch nicht als Minimallohn bezeichnet werden, wenn die, die noch nicht sechs Monate in den Betrieben tätig sind, 10 Proz. weniger erhalten sollen. Der wirkliche Minimallohn würde also 13.20 Mk. betragen! Auch sonst sind die Unternehmer mit ihrem Angebot erheblich hinter den Forderungen der Arbeiter zurück. So ist von einem Bugeständnis in der wichtigen Frage, wie hoch die Zahl der jugendlichen Arbeiter im Verhältnis zu den erwachsenen Arbeitern sein soll, gar keine Rede. Auch die Umwandlung des Wochenlohnes in Tagelöhne will uns nicht als eine Verbesserung erscheinen. Die Vertreter der Arbeiter werden jedenfalls einen sehr schweren Stand haben, wenn sie den Arbeitern die Annahme dieser „Bugeständnisse“ empfehlen sollen.

**Der Streik der Klempner und Installateure in Dresden** ist nach achtwöchiger Dauer beendet worden. Wenn auch die Forderungen nicht ganz bewilligt sind, so ist doch im Vergleich zu den früher gezahlten Löhnen eine wesentliche Verbesserung zu verzeichnen. Zwischen den Meistern und den Arbeitnehmern ist eine Arbeitszeit von zehn Stunden vereinbart worden. Es soll an Mindestlohn pro Stunde bezahlt werden im ersten Gesellenjahr 34 Pf., im zweiten 37 Pf., im dritten 40 Pf., für selbstständig arbeitende Gesellen beträgt der Lohn 45 Pf. Überstunden werden mit 10 Prozent, Sonntags- und Nachtarbeit mit 25 Prozent Zuschlag zum Lohn bezahlt. Als Nachtarbeit gilt die Zeit von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens. Liegt die Arbeitsstätte, der Bau, innerhalb des Dresdener Straßenbahnbereichs, so ist die Fahrt von und nach der Werkstätte zu vergüten. Bei auswärtigen Arbeiten, wo abends die Wohnung erreicht werden kann, ist das Fahrgehalt sowie die auf die Fahrt verwendete Zeit zu vergüten. Liegt die Arbeitsstätte mehr als 10 Kilometer von der Werkstätte entfernt, so ist außer dem vorgenannten ein um 5 Pf. erhöhter Stundenlohn zu zahlen.

**Die Errichtung einer Zigaretten-Gesellschafts-Fabrik** wurde in einer Versammlung der Dresdener Tabakarbeiter im „Trianon“ beschlossen. Eine elfgliedrige Kommission wurde beauftragt, die nötigen Schritte sofort zu unternehmen, um die noch ausgeperrten Zigaretten-Arbeiterinnen und Arbeiter, deren Zahl noch 400 beträgt, nach Möglichkeit unterzubringen. Besonders heftige Klage wurde über das Verhalten der Firmen Spirus, Görlitzerstraße, und Persia, Blasewitzstraße, geführt. Die Zigarettenfabrik Spirus stellt Ausgeperrte überhaupt nicht ein, obgleich sie fortwährend um Hausarbeiter anazoniert. Es bedeutet dieses Verhalten einen Bruch der Vereinbarungen, die Herr Mehnert, Inhaber dieser Fabrik, ungenau zu sein scheinen. Besonders betont der Herr bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit, daß er „Herr im Hause“ sei. Auch der Persia wird Bruch der Vereinbarungen vorgeworfen, da sie Löhne nach Gutdünken zahlt, die bei weitem nicht die „Höhe“ der vereinbarten Löhne erreichen. Wie mitgeteilt wird, sollen von Arbeiterfreunden schon ganz erhebliche Summen gezahlt sein, um das Unternehmen zur möglichst schnellen Durchführung zu bringen.

**Zwei gefährliche Verbrechen** sollte Genosse A. b. L. v. aus Breslau in seiner diesjährigen Rede in Mittelweine bei Glad begangen haben, nämlich eine Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und eine Beschimpfung von Einrichtungen der christlichen Kirche. Nach den äußerlich ungenauen Aufzeichnungen der überwachenden Beamten sollte A. b. L. die preussischen Schulen als Schweinehöfe hingestellt und ferner behauptet haben, daß durch die katholische Kirche und die Pfaffen „das Christentum gebrandmarkt“ werde. Der Staatsanwalt scheint die Notizen der Beamten, so ungläubig wie sie auch für jeden Kundigen sind, für unzweifelhaft gehalten zu haben, denn er beantragte für A. b. L. Haft statt weniger als fünf Monate Gefängnis. Das Gericht war aber offenbar anderer Meinung und sprach den Angeklagten frei.

**Arbeiterverhältnisse in Japan.** Paul Louis veröffentlicht in der „Revue Bleue“ eine sehr interessante Studie, der folgendes zu entnehmen ist: Das moderne Japan zählt schon jetzt 400 000 Arbeiter in der Großindustrie. Das ist unendlich wenig im Vergleich zu England, Frankreich oder Italien, von dem viel stärker bevölkerten Deutschland und den Vereinigten Staaten gar nicht zu reden, aber es ist eine

große Zahl, wenn man erwägt, daß es vor 25 Jahren in Japan nur einen kleinen Trupp Arbeiter gab. Diese 400 000 Männer und Frauen verteilen sich auf etwa 1400 Fabriken; die Durchschnittsziffer für jede Fabrik beträgt 120 Personen. Einige Fabriken lassen sich jedoch mit den Webereien und Spinnereien im Norden Belgiens, in Lancashire und in der Rheinprovinz vergleichen. Die Fabrik Kanefugashi in Tokio besitzt 45 000 Spulen und beschäftigt 3000 Angestellte; die Wosaki Ojaka Gruppe 4000 Männer, Frauen und Kinder, die Zigarettenfabrik Mourai in Koto 5000 Arbeiter. Die großen Kontingente stellt die Seidenfabrikation (129 000), Spinnerei und Weberei (113 000), Süßlökunde (37 000), Maschinenbau (29 000), aber man würde sich einen ganz falschen Begriff von der wirtschaftlichen Organisation Japans machen, wenn man den Großbetrieb von der Heimarbeit trennte. Die kleinen Industriellen werden allmählich Heimarbeiter. So hängen in Koto 4000 Webereien von dem einzigen Hause Mitsou ab. In keinem anderen Lande der Welt spielt die Frau eine so wesentliche Rolle im Wirtschaftsleben. Selbst in England, Frankreich und Rußland bleibt ihr Anteil an der Fabrikarbeit verhältnismäßig niedriger. In Tokio und Koto kommt es manchmal vor, daß sechs oder zehnmal so viel Frauen als Männer beschäftigt sind. Von den 3000 Angestellten von Kanefugashi gehören 2700 dem „schwachen Geschlecht“ an. Uebrigens sind die Weiber für den Schutz der Arbeiterin so wenig durchgreifend, daß die Unternehmer die Arbeiterin fast schrankenlos beschäftigen und ausnützen können. Gleich schlecht steht es mit dem Schutz der Kinder, und so bemerkt man überall im Lande eine unerhörte Ueberbürdung der Jugend und der kleinen Kinder. Um in Europa ähnliche Verhältnisse zu finden wie die, in denen das Proletariat auf Japan lebt, müßte man auf die Anfänge der großen Fabrikindustrie in England zur Zeit von Pitt und Fox oder in Frankreich zur Zeit von Bassille und Cassimir Perrier zurückgehen. Das erste soziale Gesetz wurde im Jahre 1897 vorbereitet; bevor es dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt wurde, raffte es es aber einen Entwürfssturm der Spinnereiarbeiter, die das Ministerium beschuldigten, es wolle sie ganz verderben. Schließlich kam es zu einem Vergleich, wonach für eine zum Spinnereiarbeiter heranzuführende Abfassung, die man noch nicht einmal in Kraft setzte, und die Inspektion wurde niemals wirksam. Zwei Besonderheiten kennzeichnen die Organisation der japanischen Großindustrie: Einerseits überwiegt die Nachtarbeit die Tagarbeit; und die Arbeitgeber erklären, das Personal selbst gäbe die Verantwortung dazu, da die Fabriken im Sommer heißer und im Winter wärmer als die Wohnungen wären. Andererseits hat jede große Fabrik einen Schlafsaal und eine Speisewirtschaft für ihre Arbeiter. Freilich sind diese Betten äußerst primitiv und die Verköstigung ist jämmerlich. Die Industriellen gewöhnen bei diesem System boppalt, da sie auf die verkauften Nahrungsmittel eine Abgabe erheben, und da sie die Arbeiterkräfte leichter zurückhalten, die ihnen sonst in irgend einem Augenblick fehlen könnten. Bei Kanefugashi verlassen die Arbeiterinnen die Kaserne, in der sie eingesperrt sind, nur drei- oder viermal wöchentlich, bei Wosaki sind sie nur von 6 bis 8 Uhr abends frei, und wehe denen, die einige Minuten zu spät kommen.

### Aus Glad und Fern.

**Von der deutschen Militär-Justiz.** In bürgerlichen Wäldern findet man folgenden Gerichtsbericht aus Berlin: „Recht böse Folgen hatte ein ausgebreiteter Sonntagsschloppchen für die beiden Studierenden der Militärakademie, Meyer und Krämer. Am Sonntag den 4. Juni waren beide in angelegentlichem Zustande auf dem Heimwege begriffen. An der Ecke der Garten- und Eschaffersstraße ging An ein zwölfjähriges Mädchen heran, stieß ihm mehrmals über die Wangen und stellte dann eine unsittliche Anforderung. Der Schutzmann P., der in unmittelbarer Nähe auf Posten stand, hatte dies alles beobachtet und wollte M. verhaften. Der Student ergriff jedoch die Flucht, der Beamte verfolgte ihn und mit Hilfe von Passanten gelang es P., den Flüchtling festzunehmen. M. wurde jetzt gefesselt und nach der Polizeiwache geführt. P., der sich inzwischen hinzugesellt hatte, richtete an den Schutzmann die Aufforderung, seinen Kollegen freizulassen. Dem Beamten kam dem jedoch nicht nach. Auf dem Wege zur Wache wurde er von K. wiederholt tätlich angegriffen und schließlich am Hals gewürgt. Als der Student auch den Stock zum Schlag erhob, zog der Beamte blatt und verlegte dem Angreifer einen Hieb über den Kopf. Der Getroffene wurde daraufhin nach der Unfallstation, M. dagegen zur Polizeiwache ge-

bracht. So lauteten die eiblichen Auslagen des Schutzmanns P. als Hauptbelastungszeuge in der Verhandlung vor dem Kriegsgericht der königlichen Kommandantur, in der sich die beiden Studenten wegen Herborragung öffentlicher Vergewaltigung, Widerstands gegen die Staatsgewalt, Gefangenenbefreiung usw. zu verantworten hatten. Die Angeklagten erinnerten sich der meisten Vorgänge überhaupt nicht mehr, da sie angeblich stark angekränkt waren. Nach mehrstündiger Beweisaufnahme bearbeitete der Vertreter der Anklage gegen M. vier Monate, gegen K. zwei Monate Gefängnis. In einem fast einstündigen Plädoyer eruchte der Verteidiger um Anrechnung einer Geldstrafe. Das Kriegsgericht ließ einen Teil der Anklagen fallen und erkannte gegen M. auf eine Geldstrafe von 30 Mk. event. 6 Tage Gefängnis, gegen K. auf eine solche von 100 Mk. event. 20 Tage Gefängnis. — Daß die deutsche Militär-Justiz nicht nach dem Grundsatz handelt: Wenn zwei daselbe tun, so ist es nicht daselbe! ergibt sich zur Genüge aus einem Vergleich der Urteile gegen Gemeine und Vorgesetzte. Man hat den Grundsatz offen ausgesprochen und auch begründet. Aus „Müßigkeit“ auf die Aufrechterhaltung der Disziplin“ müsse mit zweierlei Maß gemessen werden. Die Begründung wird natürlich nur dort verständlich finden, wo der „Stellvertreter Gottes“ und der „Führer der Nation“ als Geschöpfe höherer Art betrachtet werden. Wie dem auch sei — das obliegende Urteil übertrifft denn doch wohl alles bisher Dagewesene an — Seltsamkeit. Vor noch nicht langer Zeit wurden in Ultona zwei Reservisten, die auch angekränkt waren, sich auch des Widerstandes und der Ungehorsamkeit schuldig gemacht haben sollen, zu zusammen 13 1/2 Jahr Gefängnis verurteilt. Solche Ausscheidungen, wie sie sich die beiden besoffenen Studenten der Militärakademie erlaubten, „in jugendlichem Uebermut“, haben sich jene beiden Ultonaner Reservisten nicht schuldig gemacht. Und nun fange man an nachzubedenken: Dort 13 1/2 Jahr Gefängnis — hier 130 Mk. Geldstrafe. Wenn man genügend kaltes Blut in den Adern hat, um nachdenken zu können, wird man zum wenigsten zu der Erkenntnis kommen: es ist höchste Zeit, daß die Paragraphen der Militärstrafgesetzgebung einer gründlichen Revision unterzogen werden.

**Am die Schandtat des frommen Bruders Heinrich** erinnerte eine Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts zu Duisburg gegen den Krankenwärter Benediktus Weiring, dessen Bruder Hermann Weiring und den Unfallarzt Dr. med. Neumann von Wülffeln a. d. Ruhr wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung. In der Verhandlung ist festgestellt worden, daß die angeklagten Weirings als Krankenwärter des katholischen St. Marien-Hospitals den Tagelöhner Schaffer, der im Krankenhaus als Bungeakranter lag, bei der ihm obliegenden Behandlung im Bette gewürgt, in 8 Gesichtsgeschlagen und mit Füßen getreten haben. Beim Baden des Kranken nahmen ihn die Angeklagten an Händen und Füßen und schleppten ihn mit dem Kopf am Fußboden in die Badzelle. Dort wurde der mit einem Fieber von über 40 Grad behaftete Kranke anstatt in warmes in ganz kaltes Wasser gesteckt, mit eiskaltem Wasser mehrere Male begossen und, als er laut schrie, mit Säuren und Fußstrikten mißhandelt. Dann wurde er auf einen Tisch gelegt und von diesem zu Boden geworfen, daß er auf Nase und Ohren blutete. Der mitangeklagte Dr. Neumann soll nach der Anklage die Tat der Weirings durch Nachlässigkeit unterstützt haben, was er bestritt. Der Patient Schaffer ist bald darauf gestorben. Das Gericht verurteilte den Benediktus Weiring zu fünf Monaten, den Hermann Weiring zu zwei Monaten Gefängnis. Dr. Neumann wurde freigesprochen.

### Käse- und Butterpreise vom 12. August.

Butter-Butter 1.20 Mk., Meierei-Butter 1.30 Mk., Gaien Stf. — Mk., Ganten Stf. 3.— Mk., Gähner Stf. 1.60 Mk., Käsen Stf. 1.20 Mk., Tauben Stf. 0.55 Mk., Gänse 1.20 Mk., — Pf., Hühner — Mk., Schweinefleisch 1.20 Mk., — Pf., Schinken 1.20 Mk., — Pf., Wurst 1.20 Mk., Eier 9 Stück 60 Pf., Karpfen 1.20 Mk., — Pf., Ger. Lachs 1.—2.40 Mk., Karamiden 80 Pf., Gähner 70 Pf., Barische 70 Pf., Aal 0.80 Mk., Wepfel, beste Cravensteiner 100 Pf., — Mk., Nonnen 100 Pf., — Mk., andere Sorten 100 Pf., — Mk., Pfäumen 100 Pf., — Mk., Blumenkohl, Kopf 20—30 Pf., Samb. Kürchen, 25 Pf., Kohl 100 Pf., 10.— Mk., Gurken 0.12 Mk., Zwiebeln 100 Pf., — Mk., Kartoffeln, beste frans. 200 Pf., 10.— Mk., per 10 Liter 50 Pf., magnum bonum 200 Pf., — Mk., Kartoffeln 10 Liter — Pf.

„D nichts, Leopold, nichts,“ wehrte sie ängstlich, aber der Geheimrat trat zwischen sie und das Lager, und dem Sohne einen vernichtenden Blick zuschleudernd, rief er:

„Du sollst es wissen! Aus deinem Munde will ich die Bestätigung hören! Weißt du, was du geworden bist für die Welt? Ein Lügner, Betrüger, Schurke — du hast deinen Freund um seinen mühsam errungenen Lorbeer betrogen, hast ihm die Frucht seiner Arbeit, seine Aufzeichnungen gestohlen — o du Hube du, du infamer, elender, erbärmlicher, verleumdender Dieb!“

„Baba, Erbarmen,“ schluchzte Wera und sagte des erregten alten Mannes drohend erhobenen Arm, während Frau Selal sich weinend auf ihren Liebbling warf und schreiend die Hände über ihn ausbreitete.

Der junge Mann versuchte sich zu erheben.

„Was ist — geschehen?“ stammelte er, „laßt es mich wissen. Ich — ist etwas —“

„Du sollst es wissen,“ knirschte der Geheimrat, der noch immer nicht seiner Herr ward, indem er Wera ungeschicklich beiseite schob. „Dein Freund Hohl ist wieder in Freiheit gesetzt, er ist unschuldig, der wahre Mörder ist entdeckt! Seiner Doktor Wollenscheidt war es, den du beleidigt! Doch das ist nicht das schlimmste! Das verlorene Tagebuch Hohl's hat sich wiedergefunden — seine Behauptungen sind glänzend erwiesen! Dein Betrug ist entlarvt, du bist ein gerichteter, verurteilter Mensch!“

Starr bestete sich des Kranken Auge auf den wie einen zürnenden Rachegott vor ihm stehenden Vater. Sein Gesicht veränderte nur die Färbung, nicht die Farbe, die

ohnehin an Weiße der gelüchsten Decke über ihm nichts nachgab.

„Warum hast du das getan?“ donnerte der Geheimrat, „warum deine Familie, deinen Vater in Schande und Schmach gestürzt?“

Keine Antwort.

„Sprich, Hube,“ schrie Selal außer sich, indem er die Rippen des Bettes in wilder Wut mit der Faust zerfnitterte.

„Ich will Antwort!“

Keine Erwiderung als das Schluchzen und Stöhnen von Weib und Kind — Leopold hatte das Bewußtsein verloren.

Erst nach langer Zeit kam er wieder zu sich.

Der erste Sturm hatte sich gelegt. Der Geheimrat saß am Tisch, den Kopf in beide Hände vergraben, die Mutter war, unfähig etwas zu tun, leise weinend in ihren Sessel zurückgefallen. Nur Wera bemühte sich um den Bruder, dessen Lebensgeister mit allen Mitteln der Wissenschaft wieder erweckend.

„Nur, Wera, ich danke dir,“ flüsterte Leopold, ihre Hand zurückdrängend. „Wo ist — wo — ist — der Vater?“

„Dort, Leopold.“

„Auf ihn zu mir —“

„Daß jetzt, sprich nicht —“

„Ich muß — ich —“

Der Geheimrat hörte seine Stimme; die Stirn gefaltet, das Antlitz düster wie eine Gewitternacht, trat er an das Lager.

„Was willst du?“ fragte er dumpf.

„Verzeihung — Vergebung,“ murmelte der junge Mann mit kaum vernehmbarer Stimme, die in sich selbst zu erstickten schien.

„Vergebung?“ Ein eiskalter Blick des stolzen Mannes traf das toiblaße Gesicht. „Kannst du wieder gut machen, was du mir zugefügt? Mir meine Achtung, meinen Namen wiedergeben? Mit der Vergebung soll man allemal rasch bei der Hand sein, aber vorher denkt Ihr an niemand als Euch selbst!“

Dabei fiel es dem ehrgeizigen Gelehrten nicht ein, daß er ebenfalls und auch jetzt leblich an sich selbst dachte. Erwähnte er nur mit einem Worte Reinhard Hohl, der doch allein durch Leopolds Tun gelitten und bald mit Weib und Seele das Opfer der nichtswürdigen Handlung geworden war? Dachte er des Rumores seiner Gattin, der Empfindungen seiner Tochter? Nein. Er war der Verletzte, der Beleidigte, der Schwerverletzte, gegen ihn richtete sich alles Verhängnis, auf sein unschuldiges Haupt stürzte alles Unglück herab! Womit hatte er das verdient? Warum hatte er einen solchen Sohn? Daß er es gerade war, von dem Leopold den glühenden Ehrgeiz geerbt und daß er ebenfalls rücksichtslos den Pfad seines Strebens gegangen war, über alles hinweg, was ihm in den Weg trat, fiel ihm nicht ein.

Wieder tönte die sanfte, bittende Stimme seines Weibes an sein Ohr — „er ist dein Kind, Müdiger, sei nicht so hart,“ und auch Wera vereinte ihr Flehen mit dem ihren — vergeblich.

(Fortsetzung folgt.)